Nr. 42 — Jahrgang 15 Einzelnummer 0,20 Zl. Donnerstag, den 20. Februar 1930

Volkswille

Anzeigenpreis: 1/64 Seite 3.75, 1/32 Seite 7.50, 1/16 Seite 15.—, 1/8 Seite 30.—, 1/4 Seite 60.—, 1/2 Seite 120—, 1 ganze Seite 240 — Zloty. Familienanzeigen und Stellengesuche 20 % Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gespaltene mm Zeile 0.60 Zl. von außerhalb 0.80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 15. bis 28. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

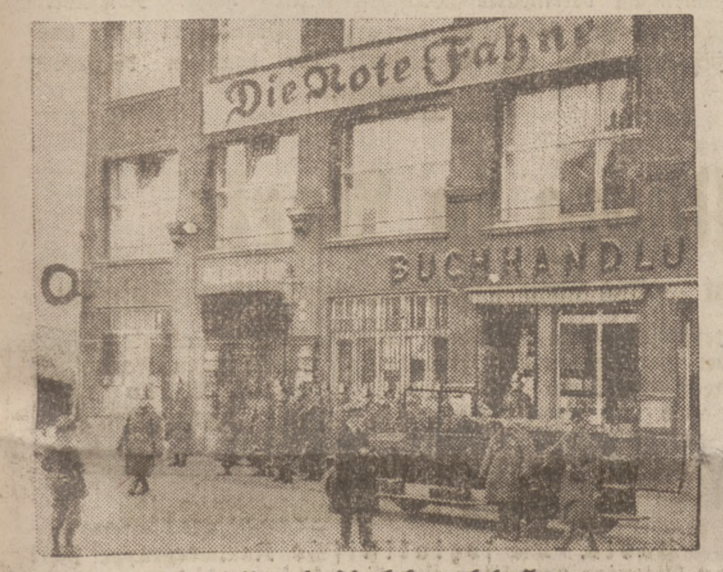
Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Das Karl Liebknecht-Haus ausgehoben

Eine Polizeiaktion gegen die K. P. D.-Centrale — Ein Antrag des Reichsgerichts auf Haussuchung — 10 Personen verhaftet — Belastendes Material beschlagnahmt

Berlin. Zu der Dienstag vormittag von 10 Uhr ab vorgenommenen planmäßigen polizeilichen Durchsuchung des Hauses der kommunistischen Partei (Karl Liebknecht-Haus), Kleine Alexanderstraße 28, teilt der Polizeipräsident mit:

Die Durchsuchung verlief im allgemeinen reibungslos. Ein Angestellter hatte Druckschriften und anderes



Das Karl Liebknecht-Haus
der Sitz der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands.

Material in einem Koffer verpackt und versuchte, es im Fahrstuhlschacht dem Zugriff zu entziehen. Das Material wurde sichergestellt. Die Durchsuchung förderte mehrere Zentner Druckmaterial zutage, daß sich mit Zersetzung der Reichswehr und der Schutzpolizei befasse und außerdem Broschüren und Flugblätter, die auf Grund gerichtlicher Beschlüsse aus zurückliegender Zeit der Beschlagnahme unterliegen. Ferner wurde umfangreiches Material über den verbotenen Rotfrontkämpferbund, zum Teil aus neuester Zeit, gefunden und beschlagnahmt.

Die Sichtung des Materials dauert zurzeit noch an. Kleinere Ansammlungen auf dem Bülowplatz, wurden durch die Polizei zum Teil unter Anwendung des Gummiknüppels zerstreut. Von einem Beamten mußte ein Schreckschuß abgegeben werden. Verletzungen sind bisher nicht bekannt. 10 Personen, die den Anordnungen der Schutzpolizei nicht nachkamen oder die Feststellung ihrer Personalien erschwerten, wurden zum zuständigen Polizeirevier zwangsgestellt, aber bis auf eine Person wieder entlassen.

*

Durch Beschluß des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom 5. Februar 1930 in der Ermittelungssache gegen Unbekannt wegen Vorbereitungen des Hochverrats ist die Durchsuchung des Karl Liebknecht-Hauses in Berlin, insbesondere der Abteilung „Vervielfältigung", angeordnet worden. Es handelt sich um die Zersetzungsschriften „Was müssen wir Polizeibeamte jetzt tun?" und „Polizeibeamte als Opfer des Youngplanes" und um Material, aus dem sich ergibt, daß diese Schriften im genannten Gebäude hergestellt worden sind. Die Durchsuchung begann um 10,30 Uhr.

Sturz der sächsischen Regierung

Von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen

Dresden. Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge im sächsischen Landtag ergab folgende Ergebnisse: Der kommunistische Antrag wird gegen 45 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. 41 Nein-Stimmen gaben ab die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Landvolkes, der Deutschen Volkspartei und der Nationalsozialisten. Neun Abgeordnete der Demokraten, der Altsozialisten und der Volksrechtspartei enthielten sich der Stimme. Dagegen wird der nationalsozialistische Mißtrauensantrag mit 63 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen, des Landvolkes und der Nationalsozialisten angenommen. 24 Nein-Stimmen gaben ab die Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei. Der Stimme enthielten sich neun Abgeordnete der Demokraten, der Volksrechtspartei und der Altsozialisten. Der Präsident erklärte hierauf die Annahme des nationalsozialistischen Mißtrauensantrages.



Rücktritt der sächsischen Regierung
Nachdem die Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien in Sachsen gescheitert sind, ist am 18. Februar Ministerpräsident Dr. Bünger mit seinem Kabinett zurückgetreten.

Neue Flottendenkschrift Italiens

London. Der italienische Außenminister, Grandi, hatte Dienstag eine Aussprache mit Macdonald und Stimson über eine italienische Denkschrift, die in Kürze veröffentlicht werden soll. Italien weist in der Denkschrift auf seine Auffassung hin, daß die Konferenz die Flottenstärke möglichst niedrig festsetzen sollte. Die italienische Forderung auf Gleichstellung mit Frankreich wird aufrecht erhalten. Italien habe zur Verhinderung eines Flottenwettbewerbs seit der Washingtoner Konferenz auf jedes langfristige Flottenbauprogramm verzichtet und seitdem nur die für die sofortigen Bedürfnisse unerläßlichen Schiffe gebaut. Die durch den Washingtoner Vertrag nicht begrenzten Schiffsklassen werden sodann einem Vergleich mit Frankreich unterzogen. Italienische U-Boot-Tonnage wird mit 27 000 gegen 32 000 Tonnen Frankreichs ausgewiesen. Frankreichs Bauprogramm an U-Booten betrage 50 000 Tonnen, dasjenige Italiens genehmige nur 9000 Tonnen.

Eine pilsudskistische Jugendlegion

Warschau. Dieser Tage ist, unter Führung des Obersten Ulrich, eine pilsudskistische Jugendlegion gegründet worden. Die nationaldemokratische Presse meint, daß diese Organisation geschaffen werde, um ein Gegengewicht gegen die nationalen Akademikerverbände zu schaffen.

Ohrfeige im polnischen Sejm

Warschau. Am Dienstag nachmittag ist es in der Sejmsitzung zur Handgreiflichkeiten zwischen einem Kommunisten und einem Sozialisten gekommen. Der kommunistische Abgeordnete sollte nach einer staatsfeindlichen Rede aus dem Saale gewiesen werden, wobei ihn ein sozialistischer Abgeordneter zu nahe kam. Es entwickelte sich ein kurzer Wortwechsel, in dessen Verlauf der Kommunist dem Sozialisten eine Ohrfeige versetzte.

Genosse Gesandter Dr. Köster †

Belgrad. Der deutsche Gesandte für Südslavien, Dr. Adolf Köster, der sich vor einigen Tagen einer Blinddarmoperation unterziehen mußte, ist am Dienstag abend um 19,20 Uhr, an den Folgen der Operation verschieden. Am Totenbett waren die Gattin des Gesandten und die behandelnden Aerzte. Das Befinden des Gesandten verschlechterte sich in den Nachmittagsstunden sehr rasch. Gegen 18 Uhr setzte die Herztätigkeit aus, worauf Köster in Bewußtlosigkeit verfiel.



Dr. Köster

Dr. Köster stand im 47. Lebensjahre. Er war ein gebürtiger Hannoveraner. Nach dem philosophischen Studium ließ er sich zunächst als Privatdozent an der Münchener Technischen Hochschule nieder, kehrte jedoch bald der Laufbahn des Hochschulleiters den Rücken, um sich auf politischem Gebiet zu betätigen. Während des Krieges war Köster für einige Zeitungen Kriegsberichterstatter an der Westfront. Von 1919 bis 1920 war Köster Reichs- und Staatskommissar im Abstimmungsgebiet für Nordschleswig. Er wurde dann Minister des Aeußeren im ersten Kabinett Müller 1921 bis 1922, Minister des Innern im Kabinett Wirth, hierauf Gesandter in Riga bis 1928 und dann Gesandter in Belgrad.

Hervorgehoben zu werden verdient noch, daß Köster, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, in der auslandsdeutschen Bewegung eine verdienstvolle Rolle spielte.

Reibungen innerhalb des Regierungsblocks

Warschau. Die polnische Oppositionspresse beschäftigt sich immer noch mit den Reibungen innerhalb des Regierungsblocks und gibt Gerüchte wieder, daß die sogenannte Obersten-gruppe das Kabinett Bartel durch andere ihr nahestehende Persönlichkeiten zu ersetzen wünsche. Das „Kokettieren" Bartels mit dem Linksblock Centrolew sei ihr ein Dorn im Auge, und die scharfe, gegen die Opposition gerichtete Entschließung habe den Zweck gehabt, die Verständigung Bartels mit dem Centrolew zu stören. Der linke Flügel des Regierungsblocks habe diese Entschließung nicht gebilligt und sei über ihre Veröffentlichung entrüstet.

Obgleich diese Darstellung einen durchaus wahren Kern enthält, widerspricht ihr doch die Tatsache, daß der Fraktionsführer, Oberst Slawek, den angeblichen Vorstoß gegen Bartel keineswegs auf die Spitze trieb, sondern mit der Veröffentlichung der Entschließung wartete, bis der Haushalt mit Hilfe des Centrolew angenommen war. Ferner haben jetzt auch die Regierungssozialisten eine ähnliche Entschließung angenommen und ihrerseits auf die parlamentarische Immunität verzichtet. Dem Centrolew war der Inhalt der Entschließung vor der entscheidenden Abstimmung bekannt. Nachträglich soll allerdings innerhalb des Zentralvollzugsausschusses der polnischen sozialistischen Partei ein Streit wegen der Stimmabgabe für den Haushalt ausgebrochen sein. Eine Abgeordnetengruppe stellte sich auf den Standpunkt, daß die Sozialisten als Oppositionspartei nicht für den Haushalt stimmen dürften. Praktische Bedeutung könne dieser Meinungsverschiedenheit natürlich nicht mehr beigemessen werden.

Faschistischer Imperialismus im St. James-Palast

Von Ernst Reinhard, Bern.

In dem Augenblick, da die Londoner Konferenz offensichtlich zu einer Abrüstungskonferenz ohne Abrüstung wurde, da die amerikanischen Imperialisten den Anlaß benutzen, um ihre Flottenforderungen unter der Tarnkappe eines Pazifismus Hooverscher Färbung durchzubringen, glaubte auch Mussolini seine Stunde gekommen. Die amerikanisch-französische Einigung hatte ihm den Boden unter den Füßen weggezogen; sein Spiel, bald mit dem englischen Imperialismus gegen den amerikanischen, bald mit den unionistischen gegen den britischen zu gehen, wurde ihm unmöglich gemacht. Er suchte die Einigung mit Frankreich.

Der französische Imperialismus sollte mürbe geklopft werden; er sollte dazu gebraucht werden, in der amerikanisch-englischen Einigung die große Gefahr, in der italienischen Macht aber einen nicht zu verachtenden Feind, wenn man sich feindlich zu ihm stellte, einen mächtigen Freund, wenn man ihm gut begegnete, zu sehen. So behandelte er ihn — altes Rezept — mit Zuckerbrot und Peitsche.

Er schwang die Peitsche über ihm, indem er die Eroberung des lybischen Gebietes mit großen Blutopfern beschleunigte. Niemals hat die große Sandwüste, die nun italienisches Bauernland werden soll, mehr gekostet als gerade in den letzten Monaten. Erstreckte sich früher von der schmalen italienischen Besetzungszone ein großer, unbeherrschter Raum bis an die Grenze des französischen Sudan, ein Raum, der nur dem Namen nach italienisch war, der tatsächlich aber niemandem gehörte und mit seiner politischen Leere die beste Isolierung zwischen den französischen und den italienischen Sudangebieten bildete, so strebte der italienische Faschismus nun danach, den Raum auszufüllen. Seine Truppen stehen heute hart an der Grenze des französischen Sudans, sehr zum Mißbehagen des französischen Kolonialimperialismus, dem wohl bekannt ist, daß damit die Diskussion über die Ausdehnung des italienischen Gebietes wiederum aufgenommen werden wird.

Im Norden aber suchte die italienische Politik Erfolge, indem sie Oesterreich durch einen Freundschaftsvertrag wenigstens zu neutralisieren suchte, der französischen Politik damit für ihre Balkan- und Osteuropa-Pläne eine Stütze wegnahm, auf die sie, wenn kriegerische Verwicklungen drohten, als Gegengewicht gegen die ungarische Gruppe hoffte, zählen zu können. Schließlich aber umwarb sie um so energischer die Sowjets, je mehr sich in Frankreich selbst die imperialistischen Mächte wieder zur Regierung drängten, und je energischer das französische Kapital unter der Führung des demokratischen de Jouvenel eine alleuropäische Einigung gegen Rußland betreibt. Die Sowjetschiffe, die durch die Dardanellen gefahren sind und eine Stärkung der Sowjetmarine gegen Rumänien bedeuten, sind ebensogut eine Drohung gegen die französische Ostpolitik, wie der Empfang russischer Flieger in Rom. Die russischen Schiffe hatten sich, vor ihrer Husarenfahrt, in Italien verproviantiert, und die italienischen Behörden hatten für das Dunkel gesorgt, das den Beginn der Fahrt einhüllen sollte. Aus italienischen Häfen, mit Wissen italienischer Behörden, hatten die russischen Schiffe die Durchfahrt erzwungen, die niemand schmerzlicher empfand als der französische Imperialismus.

Während so dem französischen Imperialismus bewiesen wurde, wie unbequem Herr Mussolini werden könne, wenn er wolle, bot man die Freundschaftshand, indem der französischen Regierung ein Zusammengehen gegen England-Amerika in London vorgeschlagen wurde. Als die faschistische Polizei die Attentate in Brüssel und Paris organisierte, wurde nicht die französische Polizei angeklagt, sondern die schweizerische, die immerhin mit der Sache nicht mehr zu tun hatte, als daß sie von den gerissenen italienischen Spitzeln wieder einmal hineingelegt wurde. Aber alles diente dem einen Zweck: die italienische Freundschaft in Paris angenehm zu machen, wann immer Paris erkennen sollte, daß es nicht allein stehen wolle.

Und dann folgte der große Bluff in London: die Rede Grandis mit der Forderung der Flottenparität zwischen Italien und irgend einer europäischen Macht. Der Hieb saß.

Nur: Frankreichs Imperialisten ließen sich nicht bluffen. Denn sie wissen so gut wie irgend jemand, daß dem italienischen Imperialismus die Hauptsache fehlt: die kapitalistische Basis. Der Faschismus ist ein Gewächs des Kapitalismus, aber er ist die Aeußerung eines zurückgebliebenen Kapitalismus, nicht seine politische Höchstform. Die finanzkapitalistische Form kommt heute ohne den Faschismus besser zurecht, der allzu viel mit Polizeimaßnahmen in die Wirtschaft hineinregieren muß. Der italienische Faschismus war möglich, solange er die Unterstützung des fremden Kapitals erhielt; aber mit fremdem Kapital baut man ohne riesige Gefahren für die eigene Herrschaft keinen eigenen Imperialismus auf. Italien fehlen die großen Finanzgruppen; die italienischen Truste leben — man denke an Montecatini und zum großen Teil auch an Fiat — vorwiegend von ausländischen Geldern.

Der französische Imperialismus hat im Gegensatz dazu seine finanzkapitalistische Basis wiederum gekräftigt. Sie wird nie mehr das bedeuten, was sie zu Beginn dieses Jahrhunderts bedeutete; das französische Kapital wird nicht mehr die Weltpolitik finanzieren. Aber es reicht doch aus, um seinem eigenen Imperialismus die geschwundenen Kräfte wiederum zu verleihen, und da es bis heute nicht an imperialistische Expansion, sondern nur an Festigung des bestehenden Besitzes denkt, dürften die französischen Finanzkapitalien ausreichen, um den imperialistischen Besitz gegen einen Möchtegern-Imperialismus, wie den italienischen, zu halten. Ob er sich halten wird gegen den Felsblock des Wallstreet-Imperialismus, das ist eine andere Frage.

Aus dieser völlig verschiedenen Grundlage des imperialistischen Wollens erklärt sich die französische Stellungnahme in London, die heute nicht mehr gegen England-Amerika, sondern auf jeden Fall gegen Italien gerichtet ist. Die Grandische Erklärung hat gerade noch gefehlt, um dem französischen Imperialismus die nie zu vergessende Lehre zu erteilen, wessen er sich zu versehen hätte, wenn er dumm genug wäre, sich in das italienische Spiel ziehen zu lassen.

Die englische Regierung selbst hat mit kühlem Erstaunen auf die italienische Großhans-Pläne geschaut. Sie erklärt sich bereit, einen Teil ihrer Kreuzer zu liquidieren, weil sie genau weiß, daß für die nächste Zeit die amerikanische Flotte gerade im Mittelmeer, dank der amerikanisch-englischen Einigung, nicht mehr mitsprechen wird. England genießt für eine gewisse Zeit Schonung — nicht mehr. Aber diese Schonzeit ist ungeheuer viel wert, wenn man ein Reich innerlich umorganisieren muß. Und ausgerechnet in diesem Augenblick verlangt die italienische Regierung, daß sie nun eine Flottenmacht aufbauen dürfe, welche, in unmittelbarer Nähe Maltas, die englische Suezroute viel stärker gefährden müßte, als irgend eine Flotte es je getan. Die französische Flotte ist verteilt auf vier Kontinente, jedenfalls zerrissen in eine atlantische und eine mediterrane Division; die italienische bleibt massiert im Mittelmeer. Sie drückt auf das Genick des britischen Weltreiches, auch wenn dieses von der Labour-Regierung verwaltet wird. Gerade das aber ist es, was eine nur einigermaßen weitschauende Arbeiterregierung nicht gestatten darf.

Wenn es der Labour-Regierung wirklich gelingen sollte, das indische Problem mindestens so zu lösen, wie sie das ägyptische gelöst hat, wenn sie das heutige britische Imperium wirklich zu einem Wohlfahrtsstaat umgebaut hat — der noch weit entfernt ist von einem sozialistischen Staate, — aber wenn sie diese wichtige Stufe sozialistischer Politik erstiegen hat, dann gerade darf sie sich nicht immer wieder und wieder zurückwerfen lassen durch eine Seemacht, die in ihrem ganzen politischen und wirtschaftlichen Wesen mit der Zeit zum Todfeind des britischen Reiches werden muß, das von Arbeitervertretern regiert wird. Darum bleibt der englischen Regierung nichts anderes übrig, als zu handeln, wie sie heute handelt: die faschistischen Wünsche in der Ecke liegen, Herrn Grandi seine großen Reden halten zu lassen, aber im übrigen dem italienischen Faschismus zu verstehen zu geben, daß seine Politik in London ausgespielt ist.

Frankreich lehnt den Zollfrieden ab

Allgemeine Redemüdigkeit in Genf — Auch Deutschland für Hinausschiebung des Zollwaffenstillstands

Genf. Auf der Zollfriedenskonferenz sind bereits am 2. Verhandlungstage ernste Schwierigkeiten zutage getreten, die teils auf die grundsätzlich ablehnende Haltung Frankreichs, teils auf den Sturz des Kabinetts Tardieu zurückzuführen sind. Die am Montag nachmittag begonnene allgemeine Aussprache mußte am Dienstag nachmittag nach einer kaum ½stündigen Sitzung mangels weiterer Redner auf Mittwoch vertagt werden. Der stärkste Widerstand gegen den Zollfriedensgedanken geht z. Zt. von der französischen Abordnung aus, deren Haltung die gleichfalls den Zollwaffenstillstand ablehnend gegenüberstehenden Mächte, wie Polen und die Tschechoslowakei, in ihrer Stellung verstärkt hat. Die Ursache für die ablehnende Haltung Frankreichs wird hier im wesentlichen in der ungünstigen Gestaltung der passiven französischen Handelsbilanz gesehen. Eine Rundfrage der französischen Regierung bei den Handels- und Landwirtschaftskammern hat eine einstimmige Ablehnung des Zollfriedensgedankens ergeben. Durch den Sturz des Kabinetts Tardieu legt sich nunmehr die französische Abordnung völlige Zurückhaltung auf. Hierdurch ist zunächst für die Konferenz eine ernste Störung entstanden.

In der kurzen Sitzung am Dienstag nachmittag ergriff als einziger Redner der tschechoslowakische Handelsminister Matousek das Wort. Die Tschechoslowakei habe seit Jahren keine wesentlichen Zollerhöhungen mehr vorgenommen. Der Zollfriedensgedanke müsse im Rahmen der Gesamtwirtschaftspolitik des Völkerbundes erörtert werden. Der Präsident der Konferenz richtete sodann von neuem an die Abordnungen die Aufforderung, wenigstens für die nächsten Tage Wortmeldungen vorzunehmen, um die Weiterführung der Generalaussprache zu sichern. Hierauf haben sich für die Mittwochvormittagssitzung die Vertreter von Spanien, Rumänien und Lettland, für die Mittwochnachmittagssitzung Italien, Dänemark und Polen zu Wort gemeldet.

Die Haltung Deutschlands

Deutschland wünscht späteren Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Zollwaffenstillstandes.

Genf. Zwischen der deutschen und der französischen Abordnung hat gleich zu Beginn der Zollfriedenskonferenz eine vertrauliche Fühlungsnahme stattgefunden, in deren Verlauf, wie verlautet, von französischer Seite der Wunsch auf ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Frankreichs geltend gemacht worden ist. Dieser Vorschlag ist jedoch von deutscher Seite im Hinblick auf die bereits feststehende Haltung der deutschen Regierung zu dem Gedanken eines europäischen Zollschutzes abgelehnt worden. Der dem Reichswirtschaftsrat zugeleitete Entwurf über einen Zollwaffenstillstand, der vom Wirtschaftskomitee des Völkerbundes ausgearbeitet worden ist, hat einstimmig Billigung gefunden, wobei lediglich einige technische Abänderungswünsche geltend gemacht worden sind. In Kreisen der deutschen Abordnung wird jedoch die Auffassung vertreten, daß der 1. Oktober 1929 als Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Zollwaffenstillstandes, der von seiten des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes vorgeschlagen worden war, für Deutschland untragbar sei, da die letzte deutsche Zolltarifnovelle hinter diesem Zeitpunkt liege und dadurch für Deutschland wesentliche Schwierigkeiten entstehen könnten.



Deutschlands Sprecher in Genf

vor der Zollfriedenskonferenz, die jetzt offiziell „Konferenz für gemeinsam vereinbarte Wirtschaftspolitik" heißt: Reichswirtschaftsminister Schmidt, der am 18. Februar in einer ausführlichen Rede den Standpunkt der deutschen Regierung darlegte.

Die Kabinettsbildung in Paris

Poincaree sträubt sich — Kein Linkskurs in Aussicht — Ein Konzentrationskabinett wahrscheinlich

Paris. Im gegenwärtigen Augenblick erscheint es selbst den erfahrendsten Politikern verfrüht, sich über die Aussichten der einzelnen Parteien in der Frage der Regierungsbildung zu äußern. Man spricht in parlamentarischen Kreisen von einer Rückkehr Poincarees. Poincaree nahestehende Persönlichkeiten betonen jedoch, daß er nicht geneigt sei, die Regierungsbildung zu übernehmen, da sein Gesundheitszustand noch zu wünschen übrig läßt. Eine Linksregierung scheint ausgeschlossen, dagegen ist die Bildung einer Konzentrationsregierung von den Radikalen bis zur Gruppe Maginot in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Sollte, wie es die gesamte Presse der Rechten und der Mitte wünscht, Tardieu wieder mit der Kabinettsbildung betraut werden, dann dürften die Radikalsozialisten drei bis vier Minister stellen.

*

Paris. Der Präsident der französischen Republik, Doumergue, empfing im Verlaufe des Vormittags die Präsidenten der Kammer und des Senats Buisson und Doumer und besprach mit ihnen die durch den Kabinettssturz geschaffene Lage. Am Nachmittag sind die Besuche der Präsidenten der Finanz- und auswärtigen Kommissionen von Senat und Kammer Clementel, Malvy, Berard und Paul Boncour angesetzt. Ferner sind Poincaree und eine Anzahl Abgeordneter in das Elysee gebeten worden.

Sozialisten und Kabinettskrise

Paris. Die sozialistische Kammergruppe hielt am Dienstag vormittag eine Fraktionssitzung ab, in der festgestellt wurde, daß durch die Abstimmung am Montag das ganze Kabinett in Mitleidenschaft gezogen sei. Die Sozialisten nahmen sodann eine Entschließung an, daß sie bereit seien, selbst die Regierung zu übernehmen oder aber im Falle einer Regierungsbildung durch die Radikalsozialisten diesen ihre Unterstützung in Aussicht zu stellen.

Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit in China

Schanghai. Wie aus Peking amtlich gemeldet wird, teilt das chinesische Auswärtige Amt mit, daß in Nanking am Montag ein Abkommen zwischen den auswärtigen Mächten und der chinesischen Republik über die Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit unterzeichnet wurde. Der französische Vertreter hat das Abkommen noch nicht unterzeichnet, weil ihm die notwendigen Vollmachten fehlten. Die chinesische Regierung als höchste Instanz der chinesischen Gerichtsbarkeit bildet nunmehr ein oberstes Gericht, dem sämtliche gerichtlichen Institutionen in China unterstellt sind. Die ausländischen diplomatischen Vertretungen haben in Zukunft nicht mehr das Recht, sich in die chinesische Gerichtsbarkeit einzumischen und irgendwelche richterlichen Funktionen auszuüben.

Das Muster eines Kommunistenführers

Warschau. Wie der „Kurjer Czerwony" zu berichten weiß, ist es den Warschauer Untersuchungsbehörden gelungen, die Vergangenheit und die politischen Umtriebe des vor einiger Zeit verhafteten Vorsitzenden des Zentralkomitees der polnischen kommunistischen Partei, Cichowski, zu enthüllen. C. war danach im Jahre 1918 Kommissar in Petersburg. Er soll in dieser Eigenschaft die Erschießung vieler in Rußland ansässiger Polen veranlaßt haben. Im Jahre 1920 stand er an der Spitze der Sowjets in Litauen und kam im Jahre darauf nach Polen, wo er den Umsturz in Polen vorbereiten sollte. Er verfügte über große aus Moskau stammende Mittel und soll auch im Auftrage der Sowjetregierung gefälschte 100-Dollarnoten in Umlauf gebracht haben. Die Gelder seien ihm über Danzig und durch Vermittlung der sowjetrussischen Handelsvertretung zugeleitet worden. Der Bruder dieses Kommunistenführers soll ein Professor der Theologie sein, während seine Mutter eine polnische Gräfin war. Seine Familie hat sich jedoch seit längerer Zeit von ihm abgewendet.



Botschafter Moore †

Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Warschau, Alexander Moore, ist in Los Angeles gestorben.

Polnisch-Schlesien

Ein Beschluß für die Dummen

Die Sanacjapresse ist voll Lob für den Regierungsblock, der da einen Beschluß gefaßt hat, daß die Sanacjaabgeordneten auf ihre Immunität verzichten, das heißt, sie wollen für jede strafbare Handlung die volle Verantwortung vor dem Gericht tragen. Mit diesem Beschluß will man die Wähler irreführen, ihnen Sand in die Augen streuen und den Beweis erbringen, daß die Sanacjaabgeordneten auf dem Boden des Rechtes stehen. Die Immunität eines jeden Abgeordneten ist durch die polnische Verfassung gesichert, und wenn der Abgeordnete selbst vor einem Gericht erklären sollte, daß er auf seine Unverletzbarkeit verzichtet, kann ihn das Gericht nicht zur Verantwortung ziehen und auch nicht verurteilen, sondern muß zuerst seine Auslieferung vom Sejm verlangen. Die Auslieferung wird auch nicht verweigert, wenn der Abgeordnete eine gemeine Straftat begangen hat. Nur für politische Vergehen, mit Ausnahme selbstverständlich, wenn Hochverrat vorliegt, pflegt der Sejm die Abgeordneten den Gerichten nicht auszuliefern. Daher ist der Beschluß des Regierungsblocks gegenstandslos und ist nur für die Dummen berechnet. —

Etwas anderes dafür ist wichtig. Der Sejmmarschall Daszynski wandte sich an die Geschäftsordnungskommission mit dem Ersuchen um eine klare Auslegung der Verfassungsvorschriften, ob ein aktiver Kommunalbeamter zugleich ein Sejmabgeordneter sein kann. Die Geschäftsordnungskommission hat die Frage klar beantwortet, und zwar dahin, daß gleichzeitige Ausübung eines Amtes in einer Selbstverwaltung durch einen Sejmabgeordneten mit den Verfassungsvorschriften unvereinbar ist. Wird also ein Bürgermeister zum Sejmabgeordneten gewählt, so muß er entweder sein Amt als Bürgermeister niederlegen oder aber sich für die Dauer der ganzen Legislaturperiode beurlauben lassen, wenn er auf sein Mandat als Sejmabgeordneter nicht verzichten will. Diese Frage ist sehr wichtig, weil wir selbst hier in der schlesischen Wojewodschaft Bürgermeister haben, die zugleich Sejmabgeordnete sind. Wir verweisen auf Bismarckhütte, den dortigen Bürgermeister Grzesik, der auch ein wenig „Posel“ spielt. Gewiß sorgt der heutige Kurs dafür, daß sich die Sejmabgeordneten nicht zu sehr anstrengen, weil die Regierung den Sejm durch volle acht Monate überhaupt nicht einberufen hat. Bei den Budgetberatungen haben die Abgeordneten die Hände voll zu tun und konnten ihren Pflichten als Bürgermeister nicht nachkommen.

Aber nicht das allein ist es, was hier entscheidend ist. Die kommunale Selbstverwaltung ist nach der Verfassung der gesetzgebenden Körperschaft unterstellt, und zwar in jeder Hinsicht, und da kann ein aktiver Bürgermeister als Abgeordneter nicht mitwirken. Ebenfalls ein Staatsbeamter nicht, denn der Sejm hat ihre Tätigkeit zu überwachen und in diesem Falle würden sich die Bürgermeister bezw. Staatsbeamten selbst überwachen. Herr Grzesik wird also auf die Diäten verzichten müssen, oder er nimmt sich Urlaub als Bürgermeister, selbstverständlich einen unentgeltlichen, denn darauf kommt es hauptsächlich an. Der Bismarckhütter Gemeindevorsteher steht daher vor einem schweren Entschluß, und wir sind wirklich neugierig, ob er sich für seinen Bürgermeisterposten oder für die Abgeordnetendiäten entscheiden wird. Er hat sich mit seiner mechanischen Bäckerei eine Suppe eingebrockt, die er kaum auslöffeln dürfte und daher ist es leicht möglich, daß er den ganzen Krempel in Bismarckhütte von sich werfen wird.

Im Aufständischenverband ist der Präsesposten zu besetzen, vielleicht wird er sich dafür interessieren. Der Aufständischenverband wird durch den Sejm nicht kontrolliert, er wird nur von gewissen Amtsstellen subventioniert, und da kann er sein Mandat behalten und wird weiterhin zwei Einnahmequellen haben. Der Regierungsblock im Sejm hätte viel gescheiter gemacht, wenn er vorgeschlagen hätte, daß die Abgeordneten nicht auf die Immunität, sondern aber auf die doppelten Bezüge verzichten sollen.

Der Schlichtungsausschuß und der Proteststreik

Nach dem Proteststreik am 6. November, erklärte der Verband der Kapitalisten, daß der Proteststreik den Arbeitern als „Bummelschicht“ angerechnet wird. Tatsächlich haben die einzelnen Hüttenbetriebe den Arbeitern, die durch den Streik ausgefallene Schicht, vom Urlaube abgerechnet und die Deputatkohle gekürzt. Die Intervention der Arbeitsgemeinschaft bei dem Arbeitgeberverband hat nichts genützt. Daraufhin wurde der Schlichtungsausschuß angerufen und die Entscheidung ist am 17. d. Mts., über den Streitfall gefallen.

Die Entscheidung hat folgenden Wortlaut: „Das Verlangen der Arbeitsgemeinschaft, den Arbeitern das abgerechnete Kohlenquantum das auf den Streiktag am 6. November 1929 entfiel, zurückzuerstatten, wird abgelehnt. Das Verlangen der Arbeitsgemeinschaft, den Arbeitern den Streiktag vom Urlaub nicht abzuziehen, wird angenommen. Der Streiktag darf vom Urlaub nicht abgerechnet werden“.

So lautet die Entscheidung des Schlichtungsausschusses über den Proteststreik am 6. November. Die Deputatkohle kann abgezogen werden, dagegen darf der Urlaub nicht gekürzt werden. Eine ähnliche Entscheidung hat der Schlichtungsausschuß bereits 1929 getroffen und die damalige Entscheidung wurde vom Arbeitsministerium bestätigt.

Wir gestehen, daß uns die Entscheidung nicht befriedigt, denn die Arbeiter haben nach der polnischen Verfassung das Recht, zu streiken, wenn alle Mittel versagen und die Kapitalisten dürfen deswegen die Deputatkohle nicht abrechnen. Der Schlichtungsaussch. hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Deputatkohle kein gesetzliches Anspruchsrecht darstellt, während die Urlaube den Arbeitern durch das Gesetz garantiert wurden. Jedenfalls wurde durch die Entscheidung des Schlichtungsausschusses der Willkür der Industrieritter ein Riegel vorgeschoben und weiteren Schikanen der Arbeiter Einhalt geboten.

Das Ehrenwort des gewesenen Ministers

Wir brachten am vergangenen Montag eine kurze Notiz darüber, daß am 12. Februar ein Jahr verflossen ist, seitdem der Schlesische Sejm aufgelöst wurde. Neuwahlen wurden nicht ausgeschrieben und es werden auch nicht die geringsten Anstalten getroffen, die darauf schließen lassen, daß sie demnächst ausgeschrieben werden. Die Kommunalwahlen für die schlesischen Stadt- und Landgemeinden werden erst im Mai beendet, und solange die Kommunalwahlen andauern, ist an die Ausschreibung der Sejmwahlen nicht zu denken.

Wenn wir über die Ausschreibung der Sejmwahlen reden, so müssen wir auch noch die wirtschaftliche Lage berücksichtigen, die zu Beginn des Jahres 1930 eine wesentliche Verschärfung erfahren hat und mit jedem Tage schwieriger wird, da sämtliche Industriebetriebe größere Reduzierungen ihrer Belegschaften vornehmen.

Als die wirtschaftliche Lage im vorigen Jahre günstiger wurde und die Zahl der Arbeitslosen zurückging, da hat das schlesische Sanacjaorgan jede Woche mehrere Artikel zur Veröffentlichung gebracht, daß, dank der weisen Politik des Marschalls Pilsudski in Polen, und der Klugheit des schlesischen Wojewoden Grazynski, die wirtschaftliche Lage von Tag zu Tag besser wird. Heute schweigt das Sanacjapressereptil, doch hat es durch die Schreibweise den Arbeitern beigebracht, daß die wirtschaftliche Lage im Staate von der Regierung, bezw. einzelnen hochangestellten Persönlichkeiten abhängig ist.

Es gibt Viele bei uns in Polnisch-Oberschlesien, die an solchen Schwindel glauben, und nachdem die wirtschaftliche Lage immer schwieriger wird, ist man geneigt anzunehmen, daß die Regierung daran die Schuld trägt. Schließlich sind die Leute nicht ganz im Unrecht, wenn sie meinen, daß die schlechte wirtschaftliche Lage zum Teil durch die Regierung verschuldet werde, denn ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik trägt zweifellos einen erheblichen Teil der Schuld mit für die mißliche Lage. Unter solchen Umständen muß damit gerechnet werden, daß während der wirtschaftlichen Depression die Sejmwahlen für den schlesischen Sejm nicht ausgeschrieben werden. Die Sanacja ist noch immer am Ruder und solange sie an der Macht ist, wird sie einen für sie ungünstigen Moment für die Ausschreibung der Wahlen nicht wählen.

Ueber die Sejmwahlen zum Schlesischen Sejm wird bei uns ununterbrochen geredet und geschrieben, nur die Regierung schweigt dazu. Seitdem der Schlesische Sejm aufgelöst wurde, haben Regierungsvertreter zweimal zu dieser Frage Stellung genommen. Als erster sprach darüber der gewesene Innenminister Skladkowski. Als im vorigen Jahre bei ihm eine Abordnung des Verbandes der schlesischen Akademiker vorgesprochen hat, erklärte Skladkowski, daß er das Wort eines anständigen Menschen verbürge, daß die Wahlen für den Sejm im Herbst 1929 stattfinden werden. Das „Wort eines anständigen Menschen“ in dem Munde eines gewesenen Ministers ausgesprochen, als er noch im Amte war, gilt bei den zivilisierten Völkern zumindestens soviel, wie „bare Münze“, und daher haben auch wir in Polnisch-Oberschlesien daran geglaubt, daß wir im Herbst die Vertreter zum Schlesischen Sejm wählen werden. Jetzt haben wir schon den Winter und Herr Skladkowski ist Minister a. D., aber gewählt haben wir nicht. Das beweist nur, daß noch mächtigere Faktoren am Werke sind, die über die Ausschreibung der Sejmwahlen entscheiden.

Wir haben inzwischen eine neue Regierung bekommen und der jetzige Innenminister Josewski gab im Warschauer Sejm eine Erklärung ab, daß die Wahlen für den Schlesischen Sejm ausgeschrieben werden. Wann, wurde nicht gesagt, aber wir meinen, daß es im Interesse eines jeden Ministers gelegen ist, daß das verpfändete Wort eines früheren Ministers eingelöst wird. Das erfordert die Autorität einer jeden Regierung. Wir sind aber durch eine Erfahrung reicher geworden und wissen bereits, daß selbst ein Wort eines gewesenen Ministers noch keine Garantie für die Erfüllung unserer Rechte bietet. Andere Regierungserklärungen liegen nicht vor und daher müssen wir die ganze Sache mit den Sejmwahlen auf Vermutungen aufbauen!

Dennoch haben wir die Hoffnung nicht aufgegeben, und rechnen damit, daß das verpfändete Ministerwort in diesem Jahre eingelöst wird. Wohl werden die Sejmwahlen nicht mehr im Herbst 1929, aber wahrscheinlich im Herbst 1930 stattfinden. Der gewesene Innenminister dürfte sich nur in der Jahreszahl geirrt haben, alles Uebrige dürfte höchstwahrscheinlich in Erfüllung gehen.

Die polnischen Werksbeamten wollen sich rehabilitieren

Ueber die polnischen Werksbeamten haben sich die schlesischen Arbeiter schon längst ein Urteil gebildet. Ueberall, wo diese Herren beschäftigt sind, hört man Verzweiflungsrufe der Arbeiter, die gegen die Praktiken der polnischen Beamten die Oeffentlichkeit um Hilfe anrufen. Dabei sind unsere Arbeiter geduldig und sie lassen sich viel gefallen, mehr, als man anzunehmen pflegt. Sie stecken selbst die gröbsten Beleidigungen ein und beschweren sich nicht einmal dagegen. Auch sind die deutschen Beamten alles andere, nur keine „Kavaliere“ den Arbeitern gegenüber. Doch haben sich die deutschen Beamten an die Organisation der Arbeiter gewöhnt und sie vergreifen sich selten an den Sozialeinrichtungen der Arbeiter. Die Betriebsräte werden von den deutschen Beamten als Vertreter der Belegschaften anerkannt und ihre Wünsche berücksichtigt. Die polnischen Beamten übergehen meistens diese Einrichtungen und behandeln die Arbeiter sehr schlecht.

Wir konnten unlängst aus der „Schlesiengrube“ über einen Fall berichten, daß ein polnischer Steiger den Arbeitern die Prügelstrafe in Aussicht gestellt hat. Die Aeußerung eines polnischen Beamten auf den Gieschegruben, daß der Arbeiter die Keilhaue des Beamten zu grüßen hat, haben wir noch alle frisch in Erinnerung. Dieser Fall steht wirklich in der Geschichte der schlesischen Bergbauindustrie vereinzelt da und ist für unsere Verhältnisse kennzeichnend. Es ist nicht ausgeschlossen, daß den schlesischen Arbeitern noch viel schönere Dinge bevorstehen, da man von den polnischen Beamten alles erwarten kann. Dafür kommen sie auch aus den östlichen Gebieten, wo man sich den Arbeiter nur als rechtloses Arbeitstier vorstellt.

In gewissen polnischen Kreisen hat man eingesehen, daß hier etwas unternommen werden muß, um den schlechten Ruf der polnischen Beamten zu reparieren. Dazu bot sich die Gelegenheit anläßlich der Steigerkonferenz, die am vergangenen Sonntag in Kattowitz abgehalten wurde.

In der genannten Konferenz haben die polnischen Beamten in der zur Beschlußfassung gelangten Resolution auch den schlesischen Arbeitern einige Brocken hingeworfen. In erster Reihe dachten sie selbstverständlich an sich, indem sie eine materielle Besserstellung des Aufsichtspersonals auf den Gruben fordern. Für die Arbeiter verlangen sie die Verlängerung der Urlaube und die Herabsetzung der Wartezeit für die Sozialrenten. Mehr konnten die Herren aus sich nicht herausbringen. Mit keinem Wort wurde die unmenschliche Behandlung der Arbeiter durch die Beamten gestreift. Wahrscheinlich finden sie diese Behandlung vollkommen in Ordnung.

Dann wurde noch eine zweite Entschließung angenommen, in welcher der polnischen Delegation in Genf für die Vertretung der polnischen Kohlenindustrie der Dank ausgesprochen wird. Die künftige Delegation, die an der geplanten Kohlenkonferenz teilnehmen wird, welche im Juni stattfindet, soll in die Fußtapfen ihrer Vorgängerin treten und mit demselben Eifer die Interessen der Bergbauindustrie, der Angestellten und der Arbeiter vertreten. Im großen und ganzen sind die Herren Steiger zufrieden, bis auf die höheren Gehälter und die Wohnungen. Wenn dann noch die Arbeiter nicht solange auf die Rente warten müssen und längere Urlaube bekommen werden, dann ist alles bei uns wieder in bester Ordnung.

Also, von den Herren polnischen Beamten haben die Arbeiter nicht viel zu erwarten. Sie werden die Arbeiter weiter schlecht behandeln, werden die Proleten bis zum Weißbluten zur Arbeit antreiben. Man muß sich nur wundern, daß die schlesischen Arbeiter in ihren Konferenzen der schlechten Behandlung durch die polnischen Beamten so wenig Beachtung schenken. In den Belegschaftsversammlungen kommen gewöhnlich die vielen Uebergriffe, unter welchen die Arbeiter schrecklich leiden, zur Sprache, aber in den Konferenzen wird darüber nicht geredet. Gegen das verruchte Verfolgungssystem bei der Arbeit muß energisch Stellung genommen werden.

Um die Zwangsverwaltung für Kopalnia Polska

Wird auf dieser Grube Raubbau betrieben? — Sozialversicherungsbeiträge können nicht bezahlt werden.

Schon wiederholt haben wir auf die eigenartigen Zustände, die auf der „Kopalnia Polska“ herrschen, hingewiesen. Ob die zuständigen Behörden sich für sie interessieren, ist uns nicht bekannt, doch scheint es nicht der Fall zu sein, da — wie uns berichtet wird — die Verhältnisse auf dieser Grubenanlage sich keineswegs gebessert haben. —

Vorige Woche war nun die „Kopalnia Polska“ der Mittelpunkt zweier Privatklagen, die vor dem Appellations- bezw. dem Bezirksgericht ausgefochten wurden. Beide Prozesse boten ein anschauliches Bild, was auf der „Kopalnia Polska“ vor sich geht. Diese Grubenanlage übernahm vor einigen Jahren ein polnisches Konsortium pachtweise und setzte zum Direktor den früheren Bankdirektor Hirschowitz ein. Also einen ausgezeichneten Fachmann.

Trotz glänzender Konjunktur, — die Kohle der „Kopalnia Polska“ ist eine der besten des oberschlesischen Kohlenreviers, — ist unter der Leitung des Herrn Hirschowitz die Belegschaft von 180 Mann auf 103 reduziert worden. Letzthin ist auch den gesamten Angestellten gekündigt worden. Aus was für einem Grunde, ist uns nicht bekannt. Die mit den Besitzern eingegangenen Verpflichtungen sind größtenteils nicht eingehalten, und was uns am meisten interessiert, auch die Sozialversicherungsbeiträge nicht entrichtet worden. So schuldet die „Kopalnia Polska“ der „Spolka Bracka“ etwas über 41 000 Zloty und der Königshütter Versicherungsanstalt 27 000 Zloty. Es ist zwar eine Tatsache, daß auch andere Unternehmen mit den Versicherungsbeiträgen im Rückstande bleiben, jedoch erscheinen uns derartige Rückstände für einen so kleinen Grubenbetrieb, wie es die „Kopalnia Polska“ ist, viel zu hoch. Interessant ist hier auch, daß abgebauten Arbeitern die Quittungskarten nicht ausgehändigt wurden, weil seit Monaten die Marken nicht geklebt worden sind. Aber abgezogen sind die Beiträge den Arbeitern. Das war für die Grubenverwaltung selbstverständlich.

Vielleicht interessieren sich dafür die Kontrolleure der beiden Sozial-Versicherungsanstalten. — — —

*

Das Nichteinhalten der getroffenen Pachtvereinbarungen, sowie die Verwaltung der Grubenanlage veranlaßte die Besitzer zu einer Klage auf Zwangsverwaltung, die durch ihren Repräsentanten, Bergverwalter Schneider, eingeleitet wurde. Hauptsächlich wurde den Beklagten, den Pächtern, vorgeworfen, einen ausgesprochenen Raubbau zu betreiben durch Ignorieren der bergbaupolizeilichen Vorschriften, durch absichtliches Verfallenlassen des Betriebes, und einer unfachmännischen Ausbeutung des Kohlenfeldes. Beide Parteien zogen Gutachten von bergbaulichen Sachverständigen heran; gewöhnlich widersprechen sich die Gutachten, und so auch hier. Während die der Gegenseite alles in bester Ordnung fanden, waren die des Klägers etwas anders gehalten. Die Klage wurde jedoch in erster Instanz abgewiesen. Ebenso entschied vorige Woche der Appellationsgerichtshof. Allerdings ist damit die Angelegenheit nicht beendet, da der Repräsentant eine zweite Klage eingeleitet hat, und zwar auf Exmission der Pächtergesellschaft. Auch diese dürfte recht erbauliche Sachen über die Zustände auf „Kopalnia Polska“ bringen.

*

Im Zusammenhange mit dieser Klage wurde ein zweiter Fall vor dem Bezirksgericht behandelt: nämlich ein Beleidigungs-

prozeß „Kopalnia Polska“ contra Schneider. Letzterer hatte gelegentlich einer Interessiertenkonferenz in unverblümter Weise die Zustände auf der „Kopalnia Polska“ kritisiert, dem Direktor Hirschowitz Raubbau, Mißwirtschaft usw. vorgeworfen. Die klägerische Partei machte hier geltend, daß durch solche Aeußerungen sie außerordentlich geschädigt worden sei, insofern, als die „Spolka Bracka“ durch sie veranlaßt wurde, die Rückstände der Sozialversicherungsbeiträge zwangsweise einzutreiben. Hier hatten die Kläger weniger Glück als im ersten Falle. Hier sprach das Gericht dem Beklagten „Wahrung berechtigter Interessen“ zu und wies die Klage ab, nachdem ein als Zeuge geladener Vertreter der „Spolka Bracka“ erklärte, die Zwangseintreibung der Versicherungsbeiträge sei erfolgt, ehe die „Spolka Bracka“ überhaupt Kenntnis hatte von der Klage auf Zwangsverwaltung seitens des Bergverwalters Schneider. —

Der Streit beider Parteien um die „Kopalnia Polska“, — darum geht es hier — läßt uns vollständig gleichgültig, doch gehen uns und die gesamte Oeffentlichkeit die dort herrschenden Zustände wohl etwas an, unter denen die Belegschaft offensichtlich leiden muß. Hier muß unbedingt „Porzondek“ gemacht werden. Das Oberbergamt hat Beamte genug, die auf „Kopalnia Polska“ eine gründliche Revision vornehmen könnten. Aber auch wundern müssen wir uns, wenn die Versicherungsanstalt Königshütte und die „Spolka Bracka“ derart hohe Summen für Versicherungsbeiträge anwachsen lassen. Würde es sich hier um ein Unternehmen wie die „Vereinigte Königs- und Laurahütte“ handeln, dann würde man es besser verstehen. So aber nicht.

Es wird notwendig sein, die „Kopalnia Polska“ nicht ganz aus den Augen zu lassen. —

Heute Entscheidung in der Theaterfrage

Gestern vormittag fand vor der Gemischten Kommission unter Vorsitz des Präsidenten Calonder die mündliche Verhandlung über die Beschwerde des Polenbundes in Oberschlesien wegen des Oppelner Theater-Zwischenfalles statt. Die Stellungnahme des Präsidenten Calonder wird schriftlich erfolgen. Heute findet die Verhandlung über die Beschwerde der Deutschen Theatergemeinde in Kattowitz wegen der Vorenthaltung des Stadttheaters in Kattowitz für deutsche Theatervorführungen statt. Es ist zu hoffen, daß die Stellungnahme Calonders recht bald erfolgt, da die deutsche Beschwerde schon über sechs Monate bei der Gemischten Kommission anhängig ist.

Der Lohnkampf in der Bielitzer Textilindustrie dauert an

Die kapitalistische Presse bringt über den Lohnkampf in der Bielitzer Textilindustrie irreführende Meldungen. Es wird gemeldet, daß der Weberstreik als beendet angesehen werden kann, weil beide Teile die Vorschläge des Arbeitsinspektors Gallot angeblich angenommen haben sollten. Nach diesen Meldungen bleiben die alten Löhne bis zum 1. Mai in Kraft und bis dahin wird ein neuer Lohntarif ausgearbeitet. Die „Polonia“ hat sogar den Bielitzer Kapitalisten ihre Spalten zur Verfügung gestellt, wo sie sich von jeder Schuld losgelogen haben.

Tatsächlich hat sich in der Bielitzer Streikkampflage nichts geändert und die Situation ist nach wie vor ungeklärt. Die streikenden Arbeiter fordern von den Behörden die Vornahme einer Bücherrevision, um festzustellen, ob die Unternehmer die bisherigen Löhne tatsächlich nicht mehr zahlen können. Sie behaupten nämlich, daß sie die alten Löhne nicht mehr zahlen können und sind gezwungen, die Löhne zu reduzieren. Die Arbeiter sind entgegengesetzter Meinung. Von der Textilarbeiterorganisation werden regelrecht in der Bielitzer „Volksstimme“ genaue Informationsberichte über die Arbeiteraussperrung veröffentlicht.

Ueber 25 500 Arbeitslose in der Wojewodschaft

Laut einer Aufstellung der Arbeits- und Wohlfahrtsabteilung beim schlesischen Wojewodschaftsamt war in der Zeit vom 5. bis 12. Februar d. Js., innerhalb der Wojewodschaft Schlesien, ein weiterer Zugang von 1 701 Arbeitslosen zu verzeichnen. Am Ende der Berichtswoche betrug die Gesamt-Erwerbslosenziffer 25 602 Personen. Eine wöchentliche Unterstützung erhielten zusammen 14 878 Beschäftigungslose. Unter den registrierten Arbeitslosen befanden sich vorwiegend nichtqualifizierte Arbeiter.

Bestrafte Wohnungsschieber

Das Ehepaar Rechtsanwa t Zawilski auf der Anklagebank

Am gestrigen Dienstag gelangte vor dem Burggericht in Kattowitz der interessante Wohnungswucher-Prozeß gegen Rechtsanwalt Dr. Zawilski und dessen Ehefrau zum Austrag, welcher mit einer Verurteilung der beklagten Eheleute endete. Die Verurteilung der Frau Zawilski erfolgte in Abwesenheit. Die Beweisaufnahme in dieser Prozeßsache ergab folgenden Sachverhalt:

Ende Oktober v. J. wurde in dem der Frau Zawilski gehörenden Hause, ulica Mlynska 35 in Kattowitz, eine Vierzimmer-Wohnung infolge eingetretenen Todesfall frei. Um Ueberlassung dieser Wohnung bemühte sich Direktor Okolewicz vom „Urzond Ziemski“. Frau Zawilski offerierte die freigewordene Wohnung gegen ein Abstandsgeld von 7000 Zloty. Nach Besichtigung der Wohnräume stellte Okolewicz fest, daß dringende Instandsetzungsarbeiten erforderlich wären, für welche nach seiner Schätzung einige Tausend Zloty Ausgaben entstehen würden. Sein Vorschlag, daß Abstandsgeld zu ermäßigen, wurde abgeschlagen. In dieser Angelegenheit kam es nach späterer Wohnungszuweisung durch den Magistrat zur Klage, welche vor dem Mietseinigungsamt in Kattowitz ausgefochten worden ist und zuungunsten des Direktors Okolewicz entschieden wurde. Zu bemerken ist zu diesem ersten Fall, daß Rechtsanwalt Dr. Zawilski bei den Besprechungen mehrfach zugegen war und verhandelte.

In einem zweiten Falle versprach er dem Zeitungsverleger Marchwicki, welcher gleichfalls in Erfahrung gebracht hatte, daß die Wohnung frei war, sich wegen der Zuweisung verwenden zu wollen, wobei Dr. Zawilski bemerkte, daß seine Ehefrau als Besitzerin des Hauses allein Verfügungsrecht hätte. Frau Zawilski erklärte Marchwicki gegenüber, die Wohnung gegen ein Abstandsgeld von 10 000 Zloty zu überlassen. Auch Marchwicki stellte bei einer späteren Besichtigung der Wohnung fest, daß Renovationsarbeiten durchgeführt werden müßten. Frau Zawilski ging schließlich bei ihrer Forderung auf 6000 Zloty herunter. Bei einer Rücksprache mit dem Stadtpräsidenten Dr. Kocur brachte Marchwicki in Erfahrung, daß sich auffallend viele Bewerber wegen dieser Wohnung bereits eingefunden hätten.

Nach einiger Zeit erschien Dr. Zawilski in der Wohnung des Marchwicki und ersuchte um Aushändigung eines Betrages von 600 Zloty, den er infolge Antritt einer Reise nach Warschau dringend benötigte. Er erhielt das Geld ausgehändigt und erklärte Frau Marchwicki, daß er die Summe bald zurückerstatten, oder aber auf das Abstandsgeld für die Wohnung anrechnen werde. Marchwicki wurde bald darauf bei Frau Zawilski vorstellig und sagte, daß er die Wohnung in Besitz nehmen und renovieren lassen werde, da er ja eine Teilzahlung an Rechtsanwalt Dr. Zawilski geleistet habe. Frau Zawilski einigte sich daraufhin jedoch nicht und gab an, daß ihr Ehemann ohne ihr Wissen das Geld entgegengenommen hätte.

Es kam schließlich in dieser Angelegenheit zu der Klage, welche jetzt vor Gericht ihren Ausklang fand. Als Zeugen wurden u. a. Präses Okolewicz, ferner Marchwicki und dessen Ehefrau gehört. Das Gericht erkannte trotz der guten Selbstverteidigung des Rechtsanwalts an, daß Wohnungswucher vorgelegen hat. Das Urteil lautete für Dr. Zawilski auf eine Geldstrafe von 4000 Zloty, für Frau Zawilski auf 2000 Zloty Geldstrafe, sowie Tragung der Gerichtskosten. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Kattowitz und Umgebung

Was meldet die Baustatistik? Im Vormonat sind im Bereich von Groß-Kattowitz laut der letzten Baustatistik 86 neue Wohnungen geschaffen und für die Benutzung freigegeben worden. Es handelt sich um 5 Einzimmerwohnungen ohne Küche, 11 Einzimmerwohnungen mit Küche, 63 Zweizimmerwohnungen mit Küche, 3 Dreizimmerwohnungen mit Küche. Neuerteilt wurden ferner 3 Baukonzessionen zur Vornahme von Neubauten und 10 Konzessionen für Umbauten. y.

Wieviel Einwohner zählt Groß-Kattowitz? Ende Januar umfaßte die Gesamt-Bevölkerungsziffer von Groß-Kattowitz 128 571 Einwohner. Registriert worden sind 244 Geburten, darunter 239 Lebend- und 5 Todgeburten. Verstorben sind im Monat Januar 131 Personen, demzufolge 11 mehr als im Vormonat. Unter den Verstorbenen befanden sich 14 Auswärtige. Verzogen sind im Berichtsmonat Januar nach anderen Ortschaften und dem Ausland 885 Personen. Dagegen sind nach der Wojewodschafthauptstadt 1064 Personen, darunter 56 aus dem Ausland, zugezogen. Registriert worden sind im Monat Januar 60 neue Eheschließungen. y.

Diebische Elster. Eine goldene Uhr mit Kette, ferner mehrere Bücher, sowie einen Barbetrag von 1000 Zloty stahl zum Schaden der Frau Helene Wisniewski in Kattowitz das Dienstmädchen Agnes L. aus Siemianowitz. Die Diebin ist entkommen. X.

Für 2000 Zloty Garderobe gestohlen. Empfindlich geschädigt wurde der Polizeibeamte Franz Adam in Kattowitz. Demselben wurden zur Nachtzeit aus der Wohnung 4 Anzüge, ferner ein schwarzer Wintermantel, 1 Sommermantel, 7 Hemden und 2 Paar Halbschuhe gestohlen. Der Gesamtschaden beträgt 2000 Zloty. Die Kattowitzer Polizeidirektion warnt vor Ankauf der gestohlenen Kleidungsstücke. X.

Abgefaßter Taschendieb. Dem Peter Skop aus Zalenze versuchte im Kattowitzer Postamt ein gewisser Rudolf Sk. aus Myslowitz einen Geldbetrag zu stehlen. Der Täter wurde auf frischer Tat ertappt. X.

Eichenau. (Aus der Parteibewegung.) Am vergangenen Sonntag fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Partei statt. Nach Eröffnung derselben und Bekanntgabe der Tagesordnung durch den ersten Vorsitzenden, Genossen Glombik, verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Generalversammlung. Darauf erhielt Genosse Raiwa das Wort zum Referat. Redner sprach über die gegenwärtige Krise und deren Auswirkungen auf die Arbeiterschaft. Trotz der großen Not versteht es die Arbeiterschaft nicht, sich in Klassengewerkschaften und der sozialistischen Partei zu organisieren, um eine starke Gegenwehr dem vereinigten Kapital entgegenzustellen. In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Redner die Bedeutung der Kommunalwahlen. Er gab Beweise, wie die bürgerlichen Parteien zum Nachteile der arbeitenden und armen Bevölkerung arbeiten. Wenn es gegen die Forderungen der Arbeiter geht, so verbinden sich die „Rassendeutschen“ mit den größten Feinden des Deutschtums, den Sanatoren. In die Oeffentlichkeit schreien sie über Verrat am Deutschtum, wenn deutsche Sozialisten gemeinsam mit polnischen Sozialisten um die Rechte der Arbeiterklasse kämpfen. Mit einer Aufforderung an die Anwesenden, am Wahltag den Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, schloß Redner seine Ausführungen. In der Diskussion sprachen die Genossen Prätz, Sworowski, Iwan, Glombik und Jerchel im Sinne der Ausführungen des Referenten. Nach dem Schlußwort schritt man zur Wahl der Kommissionen. Genosse Raiwa verlas die durch ihn aufgestellten Listen, und zwar zu der Reklamations- und Wahlkommission, welche von den Versammelten angenommen wurden. Daraufhin wurden die Kandidaten zur Gemeindewahl aufgestellt. Die Wahl ging schnell vonstatten. Nur der Genosse Gattner hatte an den vorgeschlagenen Kandidaten etwas auszusetzen. Unter „Verschiedenes“ gab noch Genosse Raiwa einen Bericht über die Tätigkeit in der Gemeindevertretung und die jetzige Einstellung des Genossen Koziol, der von einigen Elementen der Wahlgemeinschaft bearbeitet wird, weil sie ihn auf ihre Liste nehmen wollen. Bemerken kann man, daß diese Elemente schon alle Richtungen angesprochen haben, um auf den grünen Zweig zu gelangen. Nun wollen sie jetzt durch die Zersplitterungsarbeit ihr Ziel erreichen. Nach Erledigung aller Formalitäten konnte Gen. Glombik die Versammlung schließen. Drei neue Aufnahmen in die Partei sind zu verzeichnen.

Königshütte und Umgebung

Neue Regelung betreffend Gewährung von Freikohle.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages für Eisenhütten hat auch die Gewährung von Deputatkohle eine Aenderung erfahren, wonach freie Hausbrandkohle alle 16 Jahre alten Arbeiter erhalten, für jede verfahrene Schicht. Facharbeiter der Gruppen A und B. erhalten 18 Kilo, alle anderen Arbeiter die verheiratet sind, 15 Kilo, Nichtverheiratete der

Vom Baume des Bösen

Von Marcel Berger.

Autorische Uebersetzung von Hans Adler.

55)

Es ging viel zu langsam. Anfangs hatte ich begonnen die Stufen zu zählen, aber bald kamen mir Ziffern und Silben im Kopfe durcheinander wie die Kiesel unter unseren Schritten. Nochmals versuchte ich eine beiläufige Schätzung. Wenn es viel war, hatten wir hundert Meter zurückgelegt oder zweihundert. Aber dazu hatten wir über zwanzig Minuten gebraucht. Es war also unmöglich, hinunter und rechtzeitig ins Freie zu gelangen — immer vorausgesetzt, daß es einen Ausgang gab — wenn wir das Tempo unserer Flucht nicht beschleunigten... Schneller! Nur Marius hatte die erforderliche Entschlossenheit gehabt. Ihn galt es zu erreichen. Noch einmal musterte ich das lebende Hindernis vor mir, den Dichter. Ich war entschlossen, ihn mit gesenktem Kopfe anzurennen, ihn zu Falle zu bringen, seinen Untergang zu beschleunigen. Aber dieses Verbrechen blieb mir erspart. Die Flammen, die klein und fern vor uns im Dunkel tanzten und manchmal an einer Biegung unseren Blicken entschwanden, blieben stehen. In weniger als einer Minute hatten wir das Gros der vorderen Gruppe eingeholt.

Die Fackeln, die in beängstigender Weise immer kürzer wurden, prasselten und qualmten. Es war kalt und feucht in dieser Höhle. Von unseren erhitzten Gesichtern, aus unseren Mündern zog bläulicher Dampf. Vertescu hatte vor mir haltgemacht, seine Arme zitterten, seine Beine wankten. Mit einer letzten Anstrengung löste er seinen langen Mantel von den Schultern und breitete ihn über seine Freundin, die er an der Mauer auf den Boden legte. Er konnte sich kaum mehr aufrecht halten.

Während er sich über sie beugte, gelang es mir endlich, an ihm vorbeizukommen. Ich streifte dabei fast das Gesicht der Sterbenden. Aus einer entsetzlichen bleifarbigen Maske ragte die weiße Nasenspitze.

Sofort erkannte ich die Ursache unseres Aufenthaltes: Ein herabgestürzter Felsblock sperrte die Galerie fast hermetisch ab. Das war zu befürchten gewesen.

Vielleicht hätten einige Hiebe mit der Hacke genügt, uns einen Weg zu bahnen, aber die Werkzeuge waren am Eingange der vorherigen Bresche liegen geblieben. Dartigues — offenbar in seiner Wut, daß wir ihn eingeholt hatten — schob die ganze Verantwortung für dieses unglückselige Versehen auf den Kellner. Wie ein Rasender überhäufte er ihn mit einer Flut von Beschimpfungen und faßte ihn schließlich am Kragen.

Der Mann ließ die ungerechten Vorwürfe vorerst stumpf und ohne zu antworten über sich ergehen. Die Fackel, die er in der rechten Hand hielt, schien ihn zu behindern. Als Marius aber auf ihn losging, ließ er sie fallen, und wo sie im Hinuntergleiten die Wand berührte, begann der lockere Sand zu rieseln. Lautlos warf er die langen Arme um den Leib seines Angreifers. Ein wildes Ringen begann. Ohne besonderen Eifer versuchten wir sie zu trennen, denn Marius, von dem Kellner wie mit eisernen Klammern gepackt, schien unterliegen zu müssen. Und das gönnten ihm alle. Aber die sportliche Klasse zeigte ihre Ueberlegenheit. Mit einem plötzlichen Ruck hatte Dartigues seinen linken Arm befreit und placierte einen furchtbaren Knock-out in die Magengrube seines Gegners. Hans ließ ihn sofort los und taumelte mit offenem Munde an die Wand. Rachsucht und Hilflosigkeit verzerrten sein Gesicht. Würde er sich wieder aufraffen? Seine Augen traten aus den Höhlen, er erbrach eine schwärzliche Masse und fiel mit einem gurgelnden Laut nach vorne. Der Hieb hatte offenbar den Eintritt der Vergiftungserscheinungen ausgelöst. Der erste Mann, den das Uebel ergriff!

Schwindel faßte mich:

„Es ist zu spät...!“

Wir verstummten in einer Panik. Maßen uns mit gefährlichen Blicken wie wilde Tiere im Käfig, bereit, einander zu zerreißen. Aehnliches muß die Mannschaft eines verlorenen Unterseebootes empfinden. Baron Holbeck und einige andere schienen nicht abgeneigt, den Rückzug anzutreten. Aber bei der bloßen Aussicht, den schrecklichen Weg nochmals und bergauf zurücklegen zu sollen, versagten uns die Knie den Dienst. Lieber sich hier niederlegen und umkommen.

Marius allein verließ seine Spannkraft nicht einen Moment. Mit bewundernswerter Selbstverständlichkeit raffte er den nächstbesten scharfen Kieselstein auf und stieß den Großfürsten, der das Hindernis tölpelhaft mit den Fingernägeln angegangen war, weg. Dartigues verstand es, sein primitives Werkzeug mit derartiger Geschicklichkeit zu gebrauchen, daß ein Erfolg nicht ganz ausgeschlossen schien. Vage Hoffnungen belebten sich wieder. Ich sah auf die Uhr und sagte leise:

„Es hilft nichts mehr...“

Ich dachte zurück. An das Ehepaar Verdier, das hilflos im Dunkel saß... Der Mut dieser beiden jungen Leute und die Zärtlichkeit, mit der sie aneinander hingen, machte sie mir unendlich sympathisch... Andere Bilder tauchten aus meiner Erinnerung: Der imposante Anblick des Schlosses bei meiner Ankunft, das feenhafte Schauspiel der nächtlichen Beleuchtung... Dann Philipp, wie er aus seiner Truhe den verwesenden Schädel mit den leeren Augenhöhlen zog... Evelyne, die mit königlicher Geste den Mantel von den Schultern gleiten ließ. Noch fühlte ich den süßen Duft ihrer Haut auf meinen Lippen. Evelyne, die sich vielleicht schon in den letzten Zügen wand... Alpdrücken! Fieberträume...! Aber nein, ich stand ja mitten drin in dieser gräßlichen Wirklichkeit. Knapp neben mir schimmerte der violette Schleier, den sich Rita, wie verloren, über das Gesicht gezogen hatte; drei Schritte von mir erhob sich der Kellner eben wieder mühsam aus einer übelriechenden Pfütze. Die Aehnlichkeit dieses schmalen Ganges mit jenen anderen, ebenfalls trostlosen und verpesteten Stollen, die in den Schützengraben von Calonne führten, fiel mir auf. Sie hätte Philipp mit Genugtuung erfüllt! Alle diesen vornehmen und einflußreichen Persönlichkeiten, die in einer Grube saßen, ähnlich den Löchern, in denen sie Millionen ihrer unglücklichen Mitbrüder unter Qualen hatten zugrunde gehen lassen. Und die nun ihrerseits hier ihr klägliches Grab finden sollten. Sie, Baron, der Sie Ihre Doppelmonarchie zur Schlachtbank stießen, Sie, Großfürst, für den der Feldzug eine Serie von Zechgelagen und Orgien bedeutete...

Ich empfand eine krankhafte Begierde, diesen quälenden Gedanken meinen Gefährten vor Augen zu führen. Ich faßte Holbeck am Arm und machte ihn auf den Parallelismus, den ich herausgefunden hatte, aufmerksam. Er pfiff leise durch die Zähne. Ich ließ nicht locker:

„Auch was die Hoffnung uns durchzuschlagen betrifft, gleicht unsere Situation der von Infanteristen, die eine Schanze zu stürmen haben.“

„Glauben Sie?“ erwiderte der Baron endlich ein wenig zerstreut. „Mir kommt die ganze Geschichte, aufrichtig gesagt, ziemlich phantastisch vor.“

(Fortsetzung folgt.)

Gruppen A und B, 7 Kilo, alle anderen, unverheirateten Arbeiter 4 Kilo. — Ernährer über 21 Jahre erhalten dieselbe Kohlenmenge, wie die verheirateten Arbeiter der Gruppen A und B, und zwar 18 und 15 Kilo. Ernährer von 16 bis 21 Jahre erhalten 8 Kilo, Arbeiterinnen, soweit sie als Ernährer gelten, erhalten 8 Kilo, alle anderen Arbeiterinnen über 21 Jahre 4 Kilo. Sind in einem Haushalt mehrere Personen bei Verwaltungen, die dem Arbeitgeberverband angehören, beschäftigt, so erhalten diese soweit Freikohle, bis die Höchstmenge, 25 Kilo, erreicht ist. Die Höchstmenge darf für jede verfahrene Schicht 25 Kilo nicht überschreiten.

„Ernährer“ werden nur dann anerkannt, wenn die in Frage kommende Person den Unterhalt für den fehlenden oder dauernd erwerbsunfähigen Familienvater der Familienmitglieder bis zum 16. Lebensjahre gemeinsam bestreitet. Als Ernährer wird in jedem Falle die älteste im Haushalt und meistverdienende Person angesehen, ohne Rücksicht auf den Ort der Beschäftigung. Haben die zu unterstützenden Familienmitglieder ein eigenes Einkommen, so kommt als Ernährer nur diejenige Person in Frage, die auf den Normen der „Spolka Bracka“ festgesetzte Invalidenunterstützung erhalten. (§ 70 der Statuten der Spolka Bracka, betreffend Invalidenunterstützung). Als verfahrene Arbeitsschichten gelten ferner Krankentage, Tarifurlaub, Feierschichten, sowie entschuldigte Fehlschichten.

Die Lieferung der Kohlen erfolgt ab Werk, bezw. Grube und beginnt 3 Monate nach Eintritt in Beschäftigung. Verheiratete Arbeiter, die im Schlafhaus wohnen, erhalten dreiviertel der Kohlenmenge, die den Verheirateten ihrer Gruppe zusteht. Ledige Arbeiter, die im Schlafhaus wohnen, erhalten keine Hausbrandkohlen. Die gelieferte Hausbrandkohle muß in ihrer Qualität für Hausbrandöfen verwendungsfähig sein. Entgeltliche und unentgeltliche Abgabe von Kohlen hat den Ausschluß des Bezugsberechtes auf Kohle für die Dauer von 6 Monaten zur Folge.

Neue Werteinschätzung der Naturalbezüge. Der Magistrat Königshütte hat auf Antrag der Landesversicherungsanstalt die neue Verordnung über die Werteinschätzung von Naturalien bei Versicherungspflichtigen veröffentlicht. Demnach werden berechnet: 1. Freie Wohnung: Ledige Versicherungspflichtige der Gruppe A—G, monatlich 6 Zloty; ledige Versicherungspflichtige der Gruppen F—N, monatlich 8 Zloty; verheiratete Versicherungspflichtige der Gruppen A—G, 15 Zloty; verheiratete Versicherungspflichtige der Gruppen H—N, 25 Zloty. — Freie Beheizung: Ledige Versicherungspflichtige, jährlich 60 Zloty; Verheiratete jährlich 180 Zloty. — Freie Beleuchtung: Ledige Personen monatlich 5 Zloty, Verheiratete monatlich 8 Zloty. — Freie Unterhaltung: Bei Versicherungspflichtigen der Gehaltsgruppen A—G monatlich 75 Zloty, bei verheirateten Personen der Gruppen H—N monatlich 100 Zloty. Bei höheren Naturalbezügen tritt die besonders getroffene Vereinbarung in Kraft.

Erhöhung der Wählerzahl. Nach einer Uebersicht rechnet man zu den Königshütter Kommunalwahlen mit 30 000 bis 36 000 Wählern, die zur Urne schreiten werden. Es wird angenommen, daß sich die Zahl der Wähler, gegenüber den letzten Wahlen zu den städtischen Körperschaften, um mindestens 2000 Personen erhöhen wird. Bei den letzten stattgefundenen Kommunalwahlen wurden 34 261 Stimmen abgegeben, davon waren 155 Stimmen ungültig.

Die Folgen einer Schlägerei. Während einer Schlägerei in der Gastwirtschaft des August Pawliczek an der ul. Styczynskiego, richteten ein gewisser Kurt K. und Viktor S. einen Schaden in Höhe von 500 Zloty an, indem Zigaretten, Zigarren, vollgefüllte Flaschen mit Wein und Likör vernichtet wurden.

1240 Eier gestohlen. Einem gewissen Karl Szorzel stahlen unbekannte Täter aus dem Hausflur an der ul. Mickiewicza 22 während einer kurzen Abwesenheit 1240 Eier und verschwanden damit unerkannt. Nach den Tätern wird polizeilicherseits gefahndet.

Ein Druckfehler. In unserem Bericht vom 15. Februar in der Notiz „Bergarbeiterbewegung“ hat sich ein Druckfehler eingeschlichen und zwar in dem Satz: Zu beachten ist bloß, daß der Arbeitsinspektor dort äußerte, daß, wenn es zu Entlassungen kommt, an erster Stelle die „Organisierten“ vorgeschoben werden müssen“. Es soll nicht „Organisierten“ sondern die „Unorganisierten“ heißen, was wir hierdurch richtigstellen.

Neuheiduk. (Der Lebensmüde in der Gartenanlage.) In bewußtlosem Zustand wurde in einem Schrebergarten in Neuheiduk der 32jährige Paul Steuer aufgefunden. Nach dem ärztlichen Untersuchungsergebnis hat Steuer Lysol eingenommen. Was den St. zu diesem Verzweiflungsschritt getrieben hat, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. x

Chorzow. (Mit Revolver und Maske.) In den späten Abendstunden des vergangenen Montags drang mittels Nachschlüssel ein maskierter und mit einem Revolver bewaffneter Bandit in die Wohnung des Kaufmanns Karl Benke in Chorzow ein. Der Bandit schüchterte das entsetzte Dienstmädchen, welches sich allein in der Wohnung befand, mit der Schußwaffe ein und verlangte von dem Mädchen, daß ihm dieses das Versteck angebe, in welchem der Wohnungsinhaber seine Barschaft aufbewahre. Das Dienstmädchen gab an, daß kein Geld in der Wohnung vorhanden wäre, worauf sie der Verbrecher in einem Zimmer einschloß und dann alle Schubfächer und Schränke nach Wertsachen und Geld durchwühlte. Der Täter fand nichts Wertvolles vor und verschwand nach einiger Zeit aus der Wohnung, ohne von irgend jemanden der Hauseinwohner bemerkt zu werden. x

---

Siemianowitz

Vom Arbeitslosenamt. Die Arbeitslosenzahl ist in überraschender Weise vom 1. 1. 30 bis zurzeit von 13 auf 1037 gestiegen. Die Arbeitslosenkontrolle ist verlängert und zwar am Montag von 9—11 und Donnerstag von 11 bis 1 Uhr. Arbeitslose, die von jenseits der Grenze abgebaut wurden, erhalten als Unterstützung nur die Wojewodschaftsbeihilfe in Höhe von 5,40 Zloty für Ledige, 7,20 bis 12,50 Zloty für Verheiratete, falls es den Wirtschaftsverbänden nicht baldigst gelingt, bei der Wojewodschaft andere Vereinbarungen zu treffen.

Dammbruch. Auf der Chaussee von Siemianowitz nach Baingow unterspülten die Grubenwässer von Richterschacht den Chausseerand. Ein Baum und 30 Meter Graben wurden von dem Wasser mitgerissen. Die Wasserhaltung von Parkschacht mußte eingestellt werden und wird zurzeit nach dem großen Hüttenteich weitergeführt bis zur Fertigstellung des neuen Geflutes.

Von der Schwimmanstalt. Seit der Eröffnung der Schwimmanstalt am 15. Juli 1929 haben 21 430 Badegäste die Anstalt benutzt, darunter 3 ständige Vereine. Die Gesamteinnahmen betrugen bis 31. 12. 29, 6 132 Zloty. Der Voranschlag sieht eine Einnahme von 3000 Zloty vor, somit sind die Erwartungen über die Rentabilität der Anstalt bei weitem übertroffen. Nach Einbau eines neuen Kessels, ist die Schwimmanstalt ab 4. 2. wieder der öffentlichen Benutzung übergeben worden.

Von der Sterbekasse in Ficinusschacht. Im Zechenhaus fand Sonntag die Generalversammlung der Sterbekasse der Laurahüttegrube statt. Der Gesamtkassenbestand beträgt 33 740 Zloty. Die Gesamteinnahmen betrugen 52 000 Zl. Zur Auszahlung an verstorbene Mitglieder kamen 28 000 Zloty. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: 1. Vorsitzender Materny, 2. Vorsitzender Helisch, Kassierer Slovinski, Schriftführer Jamberg, Revisoren Siedlak, Pytczyk, Krzystek. Die Monatsbeiträge sind auf 1,50 Zloty für aktive und 0,75 Zloty für Invaliden festgesetzt. Die Höhe der Sterbegelder beträgt 600 Zloty, für Invaliden 500 Zloty, Kinder bis 6 Jahren 150 Zloty bis 14 Jahren 250 Zloty, bis 21 Jahren 350 Zloty. Eine noch einzuberufene Versammlung wird über die Verwendung des Kassenbestandes von 33 740 Zloty beschließen. Es ist geplant, im Einverständnis der anderen Werkssterbekassen, das Geld für Bauzwecke zu verwenden.

Baingow. (Stempelzweigstelle.) Da infolge der letzten Entlassungen die Arbeitslosigkeit auch in Baingow stark zugenommen hat, wird dortselbst auf der Gemeinde Gelegenheit zur Kontrolle der Arbeitslosen geschaffen, so daß diese sich nicht mehr nach Siemianowitz zu wenden brauchen. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt weiter in Siemianowitz, falls nicht noch eine andere Regelung erfolgt.

Myslowitz

Bergarbeiterversammlungen in Gieschewald und Myslowitz. Am vergangenen Sonntag fanden in Gieschewald und Myslowitz zwei gut besuchte Bergarbeiterversammlungen statt. Die Versammlung in Gieschewald war von 81 Mitgliedern besucht. Sie fand im großen Saale bei Schnapka statt. Als Referent ist Kamerad Wrozyna erschienen, der über Arbeiterfragen, die sich aus der Krise ergaben, und die Arbeiterreduzierungen sprach. Die schwierige Lage der Bergarbeiter, sowie die zusammengebrochene Lohnbewegung im Bergbau wurde klargelegt. Die Diskussion drehte sich ebenfalls um die elende und trostlose Lage der Bergarbeiter. Sämtliche Versammelten kamen aus den Ausführungen des Redners zu der Ueberzeugung, daß nur die Klassenkampfgewerkschaften diejenigen sind, welche für die Rechte der Bergarbeiter kämpfen, was man von der Gegenseite nicht erwarten kann, weil man dort immer die nationalen und religiösen Belange in den Vordergrund schiebt. Aber auch die Berichte von seiten der Betriebsräte erbrachten den besten Beweis, wie es unsere Bergherren verstehen, die Bergarbeiter zu entrechten und dieselben infolge der Hungerlöhne und Reduzierungen dem Elend preiszugeben. An Beweisen fehlt es nicht, wo besonders das schroffe Verhalten der Betriebsbeamten bei der Vornahme der zur Reduzierung in Betracht kommenden gegeißelt wurde. Natürlich ist bei allen Bergarbeitern eine große Unzufriedenheit zu bemerken, was allgemein bekannt ist. Umsomehr müssen sich die Bergarbeiter für unsere alte Klassenkampfgewerkschaft einsetzen. Gegen alle Verstöße der Bergherren, sowie der Regierung gegen unsere Sozialversicherung in der Krankenkasse der Spolka Bracka wurde protestiert, da hier die Bergarbeiter allein der entscheidende Faktor sind. Dasselbe Thema wurde auch in der Versammlung in Myslowitz behandelt, wo auch die Kommunalwahlen am 30. März zur Sprache kamen.

Einbruch in ein Sägewerk. In das Sägewerk der Myslowitzgrube wurde zur Nachtzeit ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort 3 Treibriemen im Gesamtwerte von etwa 1500 Zloty. Die gestohlenen Treibriemen weisen eine Länge von 14,10 und 10½ Metern auf. Den Tätern gelang es, mit der Diebesbeute unerkannt zu entkommen. Vor Ankauf der Treibriemen wird gewarnt. X.

Schoppinitz. (An den Taten kann man sie erkennen.) Seit der letzten Gemeinderatswahl sind drei Monate verflossen und die Arbeiter konnten sich überzeugen, wie die Sanatoren die Interessen der Ortsbewohner vertreten. Drei Gemeinderatssitzungen wurden abgehalten, aber die Sanacjavertreter haben noch keine Zeit gehabt, sich mit der Not und dem Elend der Arbeiterbevölkerung zu befassen, obwohl diese mit jedem Tage immer größer wird. Dafür wollen sie in Schoppinitz Denkmäler bauen, stellen in den Gemeinderatssitzungen Anträge und möchten damit die Gemeindekasse belasten. Schoppinitz hat schon ein Aufständischendenkmal, aber das ist zu wenig, denn es sollen noch zwei weitere gebaut werden. Wenn wir nicht andere Sorgen hätten, dann könnte man schließlich Denkmäler bauen, aber wir haben in Schoppinitz genug hungrige Kinder, die notdürftig gekleidet herumlaufen. Selbstverständlich sorgen die Sanatoren für die Unterbringung ihrer Leute in der Gemeinde, die auch rasch in die Höhe kommen. Ein früherer Lohnarbeiter erhielt den Titel „Gemeindeinspektor“, ein anderer Sanator erhielt gleich um zwei Stufen Gehaltserhöhung, was eigentlich nach der Dienstordnung unzulässig ist. Zur Zeit der Sanacjawirtschaft ist aber alles möglich. — Neulich wurde ein Arbeiter beim Schuttabfahren angehalten und zur Anzeige gebracht, weil er dazu einen hölzernen Karren verwandte. Er sollte seinen Karren mit Blech beschlagen, um die Straßen nicht zu verunreinigen. Es stellte sich aber heraus, daß der Arbeiter ein Sanator war und deshalb wurde von der Strafe Abstand genommen und er konnte von dem Beschlagen der Karre mit Blech Abstand nehmen. — Am 14. Februar hat die 3. Sitzung der Gemeindevertretung stattgefunden. Der Gemeindevertreter Schlossarek von der PPS. stellte anläßlich der Budgetberatungen den Antrag, für die Armen und Witwen den Betrag von 5000 Zloty einzustellen und diesen Betrag zu den Osterfeiertagen an die Ortsarmen auszuzahlen. Sofort erhob sich der in Schoppinitz bekannte Sanator Kupilas und wandte sich gegen den Antrag. Er sagte, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten wollen und als Beweis dafür führte Kupilas an, daß ein Arzt für Kohlenabladen 12 Zloty bezahlen wollte, aber kein Arbeitsloser wollte die Arbeit ausführen. Der Antrag wurde auch abgelehnt. Dabei erlaubte sich Kupilas noch die Bemerkung, daß die Sozialisten gegen die Feiertage auftreten, treten aber für Unterstützung anläßlich der Feiertage ein. Dann kam noch eine Subvention für das Geistlichenseminar in Tarnowitz zur Sprache. Die Sozialisten verlangten die Ablehnung des Gesuches, und wiederum meldete sich Kupilas und schilderte die große „Not“ der Kirche. Er stellte die dreiste Behauptung auf, daß der Pfarrer monatlich 280 Zloty Gehalt beziehe. Die Subvention von 300 Zloty wurde selbstverständlich bewilligt. So arbeitet also die Sanacja in der Schoppinitzer Gemeinde. Für die Armen und Arbeitslosen haben sie keinen Groschen übrig. Für die „bedürftige“ Kirche muß sich das Geld finden und für Denkmalsbau selbstverständlich auch. — An ihren Taten kann man sie erkennen — — —

Nickischschacht. (Mietserhöhungen.) Die hiesige Bergverwaltung der Gieschegruben nimmt bei den infolge von Feierschichten ausgezahlten Hungerlöhnen keine Rücksicht mehr auf ihre Bergarbeiter. Bei der Lohnzahlung erlebten diese eine neue Ueberraschung, indem man denselben ohne vorherige Bekanntmachung glattweg für Wohnungsmiete 1,80—3,00 Zloty mehr in Abzug brachte, wobei natürlich, wie immer, auch die Kirche mit ihrer Steuer nicht zurückblieb. Daher ging so mancher bei der Löhnung mit leerem Beutel nach Hause, wonach heute kein Teufel mehr frägt.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Terrorisierung des Betriebsrates der Hubertushütte durch die Muschiol-Christen.

Am 27. Februar fand endlich die konstituierende Sitzung des neugewählten Betriebsrates der Hubertushütte statt, um den Betriebsausschuß zu wählen. Der Betriebsrat besteht aus 9 Arbeitern und 2 Angestellten. Es wurden 2 Vorschlagslisten eingereicht. Da keine Liste einen Angestellten enthielt, forderte der Wahlvorsitzende, Oberchrist Hepner, die Angestellten auf, gleichfalls eine Liste einzureichen, da sie sonst nicht im Betriebsausschuß vertreten wären. Von den Angestellten wurde entgegengehalten, daß die Einreichung einer Liste nicht unbedingt nötig ist, da der Angestellte als Vertreter einer Minderheit im Betriebsausschuß nach § 27 B. R. G. vertreten sein muß, und wenn kein eigener Vorschlag eingereicht wird, der Liste mit der letzten Höchstzahl als gewählt zu entnehmen ist. Dieses wäre die Liste des „vereinigten Christentums“ gewesen.

In klarer Erkenntnis dieses Umstandes bestanden die Herrgottsbetriebsräte auf der Einreichung einer Vorschlagsliste von den Angestellten, dem schließlich stattgegeben wurde. Die Vorschlagsliste der vereinigten Christen erhielt die Nummer 1, die Liste Nr. 2 hatte als Spitzenkandidaten den Vertreter der Freien Gewerkschaften Mehlich. Die Liste der Angestellten erhielt die Nr. 3. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Die Liste Nr. 1 erhielt 6, die Liste Nr. 2 5 Stimmen. Auf die Liste Nr. 3 entfiel keine Stimme. Da der Betriebsausschuß aus 5 Mitgliedern besteht (4 Arbeiter und 1 Angestellter), entfielen nach dem Verhältniswahlsystem auf die Liste 1 und 2 je 2 Mandate. Da die Liste der Angestellten im Sinne des B. R. G. eine ausgefallene Liste darstellt, so gilt deren Vertreter als vorweg gewählt. Das können die guten Christen nicht verstehen. Ja, sie begingen in ihrer Frömmigkeit eine weitere Dummheit, indem sie die 5 Mandate des Betriebsausschusses verteilten, ohne die Angestellten zu berücksichtigen, die im Ausschuß vertreten sein müssen.

Betriebsräte, aller Werke, strömt in Massen nach der Hubertushütte und bewundert den geradezu genialen Kommentator des Betriebsrätegesetzes Franciszek Hepner, unseren Staroszek. Man merkt ihm schon die Schwäche an. Aber es sei ihm verziehen. Er glaubt als kommender Oberwächter sein Glück gemacht zu haben und es ist daher seine Pflicht, den nach ihm Kommenden, auch zu etwas verhelfen zu müssen. Bei Gott und Hepner ist nichts unmöglich.

Im vergangenen Jahre hat diese Seele von Mensch zu wiederholten Malen den Betriebsausschuß neu wählen lassen, allerdings unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, d. h., er hat stets nur seine Mannen eingeladen. Die anderen Betriebsratsmitglieder haben von den Veränderungen erst durch die Aushänge Kenntnis erhalten. Er hat Ersatzleute nachrücken lassen, auch wenn keine vorgesehen waren. Proteste beim Gewerbeinspektor hatten keinen Erfolg, denn Franciszek hatte gut vorgebeugt. Die anderen, die seine unrechtmäßige Amtsführung nicht anerkannten, wurden bei Behörden und der Hüttenverwaltung als „Kommunisten“ verpetzt.

Herr Arbeitsinspektor, es ergeht auf diesem Wege das dringende Ersuchen an Sie, dem Treiben dieses „Arbeitervertreters“ Einhalt zu gebieten und dafür Sorge zu tragen, daß das Betriebsrätegesetz auch von ihm respektiert wird, was umso notwendiger ist, da Hepner stets zu seiner Entschuldigung angibt, seine bisherige Handlungsweise wird von Ihnen gutgeheißen.

Pleß und Umgebung

Des Genossen Josef Kubitzek letztes Geleit!

Für Montag, den 17. Februar, wurde der Termin festgesetzt, um unseren unvergeßlichen Genossen Josef Kubitzek der Erde zu übergeben. Obgleich die Beerdigung erst um 4 Uhr nachmittags stattfand, so konnte man schon vor 3 Uhr die großen Massen beobachten, die dem Knappschaftslazarett Nikolai zupilgerten. Punkt 4 Uhr bewegte sich der Leichenzug von der Leichenhalle aus, unter Vorantritt der Musikkapelle, einer sozialistischen Fahne, hierauf die einzelnen Abordnungen mit den vielen Kränzen. Am Leichenzuge nahmen gegen 1000 Genossen und Genossinnen teil. Die Polizei begleitete den Leichenzug bis an den Friedhof und erteilte strikte Anweisungen, die roten Schleifen von den Kränzen abzunehmen. Ferner durfte die Parteifahne nicht den Friedhof passieren.

Vor dem Friedhof hielt der Genosse Matzke eine Ansprache, welche aber durch die Polizei verhindert werden sollte, trotz alledem hatte der Genosse Matzke seine Ansprache zu Ende geführt, denn die Teilnehmer forderten es so. Am Grabe spielte die Musikkapelle ein Trauerlied, die „Freien Sänger“ von Kostuchna brachten einige Trauerlieder zum Vortrag. Von dieser Stelle sei allen Genossen, sowie Genossinnen der Dank ausgesprochen, die dem toten Genossen das letzte Geleit gegeben haben. Wir aber wollen in der Ueberzeugung des Verstorbenen weiter kämpfen und werben für die Idee des Sozialismus.

Nikolai. (Wählerlisten einsehen.) Vom 17. 2. bis zum 3. 3. 1930 liegen die Wählerlisten am Magistrat, Zimmer Nr. 3, von 8 Uhr früh bis nachmittags 3 Uhr aus. Im Interesse eines jeden Wählers ist es erforderlich, die Wahllisten einzusehen. Die Stadt ist in 4 Wahlbezirke eingeteilt. **Wahlbezirk 1.** Wahllokal: Ratka, Ring: ul. Bytomska, ul. Jamny, ul. Klasztorna, ul. Lompy, ul. 3. Maja, Rynek, ul. Stawowa. — **Wahlbezirk 2.** Wahllokal: Cioßek, Ring: ul. Kanalowa, ul. Koscielna, ul. Krakowski, ul. Mlynska, Planty, ul. Polna, ul. Powstancow, ul. Pszczyna. Skotnitza, ul. Strzychy, ul. Zorska. — **Wahlbezirk 3.** Wahllokal Rudzki: ul. Dworcowa, ul. Gliwicka, Dolina Jamny, ul. Miarki, ul. Plebiscytowa, ul. Podleska, Reta, ul. Ks. Szafranka. — **Wahlbezirk 4.** Wahllokal Kiel: Gniottek, szossa Krakowska, ul. Mickiewicza, Nowa Swnat, szossa Pszczynska, Kolonia Woj. Robotnicza, Kolonia Kaluza, Regelowiec, ul. Sobieskiego, Stara Droga.

Ständiger Vormarsch der Freien Gewerkschaften

Bezirksgeneralversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Am vergangenen Sonntag fand im großen Saale des Volkshauses in Königshütte die diesjährige Bezirksgeneralversammlung des D. M. V. unter starker Beteiligung statt. Neben 58 Delegierten waren verschiedene Mitglieder des D. M. V. als Gäste erschienen, womit das starke Interesse an der Bewegung des D. M. V. am besten bekundet wird. Und offen gesagt, die Mitglieder des D. M. V. können auf ihre Bewegung stolz sein, wenn man die ersprießliche Arbeit einer Berücksichtigung unterzieht, die durch die verschiedenen Berichte wiedergegeben wurden.

Leider gibt es auch von gegnerischer Seite verschiedene Neider, die den Fortschritt des D. M. V. mit einer Mißgunst betrachten und unter Einsetzung verschiedener Mittel versuchen, uns unsere Mitglieder abzujagen. Zum Glück zerschellen alle diese Versuche. Daß dem so ist beweisen am besten die allmonatlichen Neuaufnahmen, von denen 851 im vergangenen Jahre wiederum zu verzeichnen sind. Hieraus ist zu ersehen, daß alle von gegnerischer Seite unternommenen Zersetzungsversuche vergebens verlaufen, und gerade das Gegenteil erreicht wird. Unseren lieben Freunden eins aber ins Gedächtnis: „Es sind nicht die schlechtesten Früchte, an denen die Würmer nagen." Daran werden weder die „Rassendeutschen" noch die Vorträge eines Eymael etwas ändern können.

Wiederum hatte es die gestrige Bezirksgeneralversammlung bewiesen, daß sie unter Ausschaltung der Politik volle gewerkschaftliche Arbeit leistet und bestrebt ist, das schwere Los der Arbeiterschaft einer Erleichterung und besseren Lebensgestaltung zuzuführen. Und dieses Bestreben hat sich hauptsächlich der Deutsche Metallarbeiterverband zum Ziel gesetzt, trotz aller Anfeindungen, mögen sie kommen von welcher Seite sie wollen. Die Bezirksleitung wird unter allen Umständen wieder in diesem Jahre alles aufbieten, um die in sie gesetzten Hoffnungen zur Zufriedenheit nicht nur ihrer Mitglieder, sondern auch der ganzen Arbeiterklasse zu erfüllen. Dazu sei ihr ein voller Erfolg beschieden und ein „Glück auf" zur weiteren Arbeit zugerufen.

Der Versammlungsverlauf

Um 10 Uhr eröffnete der Bezirksleiter, Kollege Buchwald die Versammlung und begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Bezirksleiter Meißner aus Hindenburg, wobei letzterer die Grüße der Bezirksleitung Hindenburg übermittelte. Hierauf wurde Kollege Dittmer als Versammlungsleiter gewählt. Die Kollegen Sowa, Piowczyk und Schneider wurden in die Mandatsprüfungskommission gewählt. Die Tagesordnung umfaßte 6 Punkte und zwar: 1. Eröffnung und Begrüßung. 2. Berichte: a) des Bezirksleiters, b) des Kassierers, c) der Revisoren. 3. Freie Aussprache. 4. Entlastung. 5. Neuwahl der Bezirksleitung. 5. Anträge und Verschiedenes. In einem zweistündigen Referat behandelte Kollege Buchwald die Tätigkeit der diesjährigen Bezirksleitung und deren Erfolge auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Betätigung. Unter anderem führte der Referent aus:

Das Berichtsjahr umfaßt eine Tätigkeit vom Oktober 1929 bis Januar 1930. Die Lage unseres gesamten Industriebezirkes war im Anfang des Berichtsjahres eine günstige. Erst im Oktober wurde sie kritischer, bis sie sich Ende Dezember, Anfang Januar zu einer Katastrophe entwickelte. Die Ursache der allgemeinen wirtschaftlichen Schwankung muß man darin erblicken, daß die staatspolizeilich wirtschaftliche Leitung im Jahre 1929 bis zum gewissen Teil versagte. Die von allen Arbeitnehmerverbänden aufgestellten Richtlinien wurden von den zuständigen Stellen nicht befolgt.

An das Volk in Polen wurden im verflossenen Jahre enorme Anforderungen gestellt. Das beweisen die Einnahmen, die bis zum Oktober 1929 2261,7 Millionen Zloty betrugen, also 37,4 Mill. mehr als im Jahre 1928. Die Ausgaben bis 1930 betrugen 2225,4 Mill. = 113,5 Mill. mehr wie im Jahre 1928, und diese Mehrausgaben sind angeblich durch Erhöhung der Beamtengehälter entstanden.

Ein zweiter Moment ist, daß während noch im Jahre 1928 der polnischen Wirtschaft Kredit zuflossen, diese im Jahre 1929 vollständig ausgeblieben sind. Dies führte natürlich zu einer Schwächung des Kreditmarktes und damit systematisch zu einer allgemeinen rückläufigen Bewegung auf dem Wirtschaftsmarkt.

Zwischen Regierung und den oberschlesischen Industriellen wird ein stiller Kampf geführt, der auf der einen Seite zeigt, daß die Regierung zur Belebung Aufträge entsendet, die Industriellen wiederum lehnen diese ab, weil nicht die von ihnen geforderten Preise durch die Regierung gezahlt werden. Mit Rücksicht auf die Krise ist ein derartiger Kampf entschieden zu verurteilen. Im Wesentlichen beeinflußt unsere unsichere Wirtschaft auch das wenige Vertrauen, daß wir im Auslande genießen. Hier muß die Außenpolitik eine Umstellung erfahren. Die Handelsbeziehungen zu Deutschland hätten bei gutem Willen beider Seiten schon längst einen Ausgleich gebracht und das Vertrauen des Auslandes im Wesentlichen gehoben. Ein wesentliches Vorkommnis ist die starke Umgruppierung der oberschlesischen Industrie, die Zusammenfassung der oberschlesischen Werke in einem Konzern der Spolka Akcyjna Katowice. Mit der Interessengemeinschaft der Vereinigten Königs- und Laurahütte auf der einen Seite und der Spolka Akcyjna Friedenshütte, wurden alle übrigen noch bis zum Jahre 1928 selbständigen Gesellschaften aufgelöst. Durch dieses Vorkommnis, das mit amerikanisch-französisch-deutsch-polnischem Kapital gegründet ist, ist eine wesentliche Umstellung erfolgt. Diese Umstellung brachte für besondere Produktionsarten auf der einen Stelle ein völliges Stillegen, während auf der anderen Seite ein geringes Beleben Platz griff.

Tarifverhältnisse und Löhne

Die Lohnfrage stand im Berichtsjahr in allen Industriezweigen im Vordergrund. Die Eisenhütten hatten lediglich durch die Zusammenlegung der Lohntabelle mit der Ausgleichszulage bei den nicht in Akkord Beschäftigten einen kleinen Vorteil erzielt. Die allgemeine Lohnfrage im August und im Dezember ist durch Schlichtungsausschuß abgelehnt worden. Im Februar 1930 kommt sie wieder zur Aufrollung. Der Bergbau hatte am 1. 3. 1929 durch Ausgleich von verschiedenen Positionen eine 3prozentige Erhöhung durch Schlichtungsausschuß erhalten. Ab 1. 12. 1929 eine 4prozentige allgemeine Zulage durch Schlichtungsausschuß zugesprochen bekommen. Die Weiterverarbeitende Industrie hatte hierbei etwas mehr Erfolg, denn sie erhielt ab 1. 2. 1929 6 Prozent, sowie ab 1. 12. 1929 6 Prozent Zulage, erste durch Vereinbarung, zweite durch Schlichtungsausschuß. Die Zinkhüttenindustrie hatte am 1. 10. 1922 eine 6prozentige Lohnzulage bekommen, neben dem, einige Regelung im Akkordverhältnis. Für die Heizungsbranche ist eine Erhöhung des Lohnes ab 1. 4. 1929 um 15 Prozent durch Vermittlung des Demobilmachungskommissars Gallot eingetreten.

Die Akkordverhältnisse sind in allen Industriegebieten mit Rücksicht, daß sie aus dem Jahre 1920 und 1924 stammen, als veraltet und nicht mehr zeitentsprechend anzusehen. Hier wurde vom D. M. V. auf dem gesamten Gebiet ein Vorstoß unternommen, und Anträge zur Regelung der bestehenden Akkorde gestellt.

Auf Grund des Beschlusses der letzten Generalversammlung hat im verflossenen Berichtsjahr die Bearbeitung des Manteltarifes für die Eisenhütten stattgefunden. Gemeinsam mit den Lohnfragen ist im Dezember dieser Tarif zum Abschluß gekommen. Geringe Vorteile sind in Urlaub, Kohle wie Bezahlung von Feiertagsarbeit erzielt. Andere Forderungen müssen erst eine gewisse Klärung durch den Fachausschuß erfahren. Mit Rücksicht darauf hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband bereits Anträge auf Regelung der Lohnordnung durch Umgruppierung für die Eisenhütten gestellt, weiter auf Neuregelung der Manteltarife für die Weiterverarbeitende Industrie wie Chemische, was analog auch die Regelung der Lohnordnung und Eingruppierung mit sich bringt. Im Berichtsjahr ist vom D. M. V. ein entsprechendes Gießereiabkommen ausgearbeitet worden, daß in mehreren Konferenzen der Gießereiarbeiter behandelt, angenommen und dem Arbeitgeber der Eisenhütten wie Weiterverarbeitende Industrie zugeschickt worden. Die Verhandlungen darüber sollen noch im Monat Februar stattfinden.

Betriebsräte

Die Erfassung der Betriebsräte im gesamten Bezirk stößt immer wieder auf Schwierigkeiten. Versandte Fragebogen laufen nicht ein, so daß der Kontakt zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft nur wenn brennende Fragen im Werke vorkommen, hergestellt wird. Die älteren erfahrenen Betriebsräte müssen mehr Interesse an den Tag legen und ihre neugewählten Kollegen instruieren. Es emfiehlt sich, daß die früher so leicht aufgefaßten Zusammenkünfte öfters und geschlossener aufgenommen werden. Erneut muß eine Zentrale der Betriebsräte geschaffen werden, deren Leitung sie sich selbst wählt und deren Spitze in der Bezirksleitung des D. M. V. vertreten ist. Durch Konferenzen wie Rundschreiben muß die praktische Tätigkeit im Betriebe unter den Kollegen ausgetauscht werden.

Sozialpolitisches

Unter dieser Rubrik dürfen wir in erster Linie auf eine alte Forderung aufmerksam machen. Bekanntlich belastet die Einkommensteuer die oberschlesischen Arbeiter sehr stark. Bereits seit dem Jahre 1928 kämpfen die Gewerkschaften um die Novellisierung der Einkommensteuer. Der Proteststreik am 6. 11. v. Js. hat ebenfalls diese Forderung als Spitzenfrage behandelt. Die Zusagen, daß diese Belastung des Arbeiters, durch Novellisierung eine Aenderung findet, sind wohl durch die Wojewodschaft wie auch Demobilmachungskommissar getan worden. Doch scheint alles in Vergessenheit geraten zu sein. Wir müssen eine Aufrollung dieser Frage fordern. Ebenso muß die Frage der so ungesunden Errechnung der sozialen Lage des oberschlesischen Arbeiters erfolgen. Der Lebenshaltungsindex ist nicht mehr maßgebend und muß geändert werden.

Das von uns in der letzten Generalversammlung geforderte Urlaubs- und Arbeitszeitgesetz wird heute behördlicherseits abgelehnt, weil man diese beiden Gesetze einer gewissen Revision zu unterziehen gedenkt. Der polnische Arbeitgeber mit dem polnischen Staat stützt sich darauf, daß diese Gesetze eine Verteuerung der Produktion nach sich ziehen, wodurch die Konkurrenz mit dem Auslande nicht gehalten werden kann. Die Arbeitszeitfrage ist annähernd in allen Ländern auf 8 Stunden gesetzt. Es wird gesagt, daß falls Polen die Arbeitszeit von 48 Stunden auf 46 Stunden in Polnisch-Oberschlesien kürzen und die Urlaubsregelung durch Gesetz auf 15 Tage heraufsetzen sollte, dann würde es seine eigene Produktion dementsprechend verteuern. Erst nach vorheriger Abänderung wird man diese Gesetze auf Oberschlesien anwenden. Ein weiteres Versprechen ist die Einführung des Jugendschutzgesetzes.

Ein sehr wichtiges Moment ist das Versicherungsgesetz, welches im Jahre 1927 als neues Projekt aufgetaucht ist. Vor kurzem sind neue Thesen zu diesem Gesetz aufgestellt worden und zwar:

1. Grundlage, Krankenkassen für Arbeiter und Angestellte.
2. Für Invaliden-, Alters- und Unfallversicherung eine besondere Anstalt für Arbeiter und Angestellte.

Inzwischen ist ein neuer Streitfall aus dem Gesetz entstanden, der zwischen Knappschaft und Regierung ausgetragen wird. Man beabsichtigt die oberschlesische Knappschaft unter ein Protektorat von Regierungsmännern zu stellen. Damit würde automatisch eine soziale Verschlechterung für den oberschlesischen Arbeiter eintreten.

Im Berichtsjahre fanden folgende Sitzungen statt:

Arbeitsgemeinschaftssitzungen	23
Schlichtungsausschußsitzungen	15
Demobilmachungskommissarsitzungen	16
Vertrauensmännersitzungen	6
Betriebsrätekonferenzen	9
Arbeitgebersitzungen	34
Betriebsverhandlungen	25
Gewerbegerichtssitzungen	9
Brancheversammlungen	10

Zu unseren Gegnern gehören auch die Unorganisierten, die unsere Forderungen stören und erschweren. Man kann die unorganisierten „Arbeiter" als Totengräber der modernen Arbeiterbewegung bezeichnen. Doch wollen wir weiter arbeiten in dem Sinne, wie wir es für angebracht halten zum Wohle der Arbeiterschaft und des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Den Kassenbericht erstattet Kollege Kuzella, aus dem zu entnehmen ist, daß der Kassenstand ein guter ist und sich hoffentlich auch in diesem Jahre weiter halten wird. Die Einnahmen betrugen 98 848,53 Zloty, die Ausgaben der Lokalkasse 36 821,77 Zl., Neuaufnahmen wurden 851 getätigt. An Unterstützungen wurden gezahlt: Arbeitslosenunterstützung 10 360,70 Zloty, Krankengeld 17 126,60 Zloty, Sterbegelder 1 387,50 Zloty, Rechtsschutz 2 571,80 Zloty, Streikunterstützung 621,50 Zloty, Maßregelung 301,50 Zl. Hieraus kann einwandfrei die Leistungsfähigkeit des D. M. V. ersehen werden, die auch darum unseren Gegnern soviel Kopfschmerzen bereitet. Ferner berichtete Referent über die Arbeitsvermittlung, wobei es im vergangenen Jahre möglich war 129 arbeitslose Kollegen in das Arbeitsverhältnis zu überführen.

Den Kassenrevisionsbericht gab Kollege Kania, der zu Beanstandungen keinen Anlaß gibt und den Antrag auf Entlastung der gesamten Bezirksleitung stellt, die auch einstimmig erteilt wurde. An der darauffolgenden Aussprache beteiligten sich die Kollegen Forytta, Smieskol und Meißner. Im Schlußwort macht Kollege Buchwald verschiedene Ergänzungen und Richtigstellungen. Infolge der Anerkennung der ersprießlich geleisteten Arbeit wurde die alte Bezirksleitung einstimmig wiedergewählt. Die Diäten für die Delegierten wurden auf 2,50 Zloty festgesetzt. Kollege Mazurek ersuchte die Anwesenden mehr wie bisher für den „Volkswille" zu agitieren und neue Abonnenten zu werben, um einen weiteren Ausbau unserer Zeitung zu ermöglichen.

Zum Schluß fanden nachstehende Entschließungen einstimmige Annahme:

Resolution zur Sozialpolitik

Die Generalversammlung des D. M. V. am 16. Februar 1930 stellt fest:

Die soziale Gesetzgebung in Polen genießt in einigen Punkten den besten Ruf, jedoch muß festgestellt werden, daß auf der andern Seite eine Anzahl von sozialpolitischen Fragen für die Arbeiterschaft sich kritisch auswirken. Aus diesem Grunde wird verlangt, daß die Bezirksleitung des D. M. V. sich mit andern wirtschaftlichen Organisationen, der D. S. A. P. und den Abgeordneten in Stadt- und Landparlamenten in Verbindung setzt und eine Besserstellung der Arbeiter in nachstehenden Fragen fordert:

1. Einstellung der Arbeiterreduktionen und Prüfung der Werke auf ihre Leistungsfähigkeit.
2. Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen durch größere Inangriffnahme von Neubauten, Chausseen- und Straßenbauten, Ausbau von Wasserwegen.
3. Zahlung von Unterstützung an alle Beschäftigungslose.
4. Weiterer Ausbau des Betriebsrätegesetzes und Erweiterung auf die anderen Gebiete Polens.
5. Die neugegründete Rada Gospodarcza kann von der Arbeiterschaft nur dann anerkannt werden, wenn sie auf paritätischer Grundlage unter Hinzuziehung der entsprechenden Anzahl von Regierungsvertretern gewählt wird. Das heutige Verhältnis, das nur ein Fünftel der Arbeitnehmer vorsteht, muß von der Arbeiterklasse abgelehnt werden.
6. Schutz gegen Unfallgefahren durch öftere Kontrolle der Betriebe unter Hinzuziehung der Betriebsräte.
7. Anerkennung der Berufskrankheiten als Unfall.
8. Erhöhung der Rentenbezüge.
9. Durchführung der Wahlen für die Versicherungsträger.
10. Förderung der Wohnungsbauten für Arbeiter.
11. Gegen Ausbeutung der Jugendlichen und Lehrlinge, durch Novellisierung des Gesetzes vom 2. 7. 25.
12. Für bessere Berufsausbildung der Lehrlinge und Beschränkung der Lehrlingszahl durch Aenderung der Verordnung vom 31. 12. 1924.
13. Für Einführung des polnischen Urlaubsgesetzes auf Polnisch-Oberschlesien.
14. Für Einführung des polnischen Arbeitszeitgesetzes auf Polnisch-Oberschlesien.
15. Regelung des neuen Versicherungsgesetzes entsprechend den Vorlagen der in Polnisch-Oberschlesien Versicherten.

Die Generalversammlung hofft, daß durch die soziale Besserung des Arbeiters das geistige Niveau der Staatsbürger entsprechend gehoben wird und der Staat in seiner Gesamtheit in der Weltpolitik an Bedeutung gewinnt. M.

Resolution zur Wirtschaftspolitik

Die Generalversammlung des D. M. V. für den Bezirk Polnisch-Oberschlesien am 16. Februar 1930 stellt fest, daß die wirtschaftspolitische Lage in unserem Staate enormen Schwankungen ausgesetzt ist. Diese Tatsache wirkt sich auf die wirtschaftliche Lage der breiten Volksschicht des Arbeiters äußerst ungünstig aus. Um der Not und dem Elend entgegenzutreten, ist es notwendig, daß der D. M. V. gemeinsam mit anderen wirtschaftlichen Organisationen und der D. S. A. P. in Stadt- und Landparlamenten eine Gesundung der Lage herbeiführen. Die Generalversammlung schlägt nachstehende Punkte vor:

1. Den weitgehendsten Ausbau des Hinterlandes durch Vornahme von Bau der Verkehrsstraßen, Ausbau des Eisenbahnnetzes, besonders nach den für den Export geeigneten Punkten.
2. Ausbau der technisch modernen Verkehrssicherheit durch Anlegung von modernen Signal- und Sicherheitsanlagen sowie geeigneter Bremseinrichtung.
3. Erschließung der östlichen Provinzen zum stärkeren inneren Wirtschaftsleben.
4. Belebung der Bauwirtschaft in gesteigertem Maße.
5. Entgültiger Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland und Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Rußland, welche für die Mehrproduktion über den Inlandsbedarf als Absatzländer in Frage kommen.

Die Generalversammlung stellt diese Mindestforderungen auf, welche durch Einschränkung im Haushaltungsplan der Regierung genügend Mittel flüssig machen, um der bestehenden erneuten Wirtschaftskrise entgegenzutreten. Ferner wird verlangt, daß die Industrie der Wojewodschaft Schlesien im stärkeren Maße als wie bisher durch Regierungsaufträge berücksichtigt wird, da sie bei der Zuteilung zu Polen ausschließlich für diese Zwecke bestimmt ist.

Resolution zur Lohn- und Tariffrage

Die Generalversammlung des D. M. V. vom 16. Februar 1930 stellt fest, daß die bisherige Tätigkeit in Lohn- und tariflichen Fragen durch den D. M. V. anerkannt wird, jedoch wird gefordert, daß die durch den D. M. V. gestellten Anträge in tariflichen Fragen der Eisenhütten, Weiterverarbeitende Industrie sowie Chemische Industrie, unbedingt mit dem äußersten Ernst behandelt werden. Eine Regelung der veralteten Tarife ist mit Rücksicht auf die alte deutsche Fassung unbedingt notwendig. Noch vielmehr sind aber Fragen innerhalb des Tarifvertrages nach den letzten Entscheidungen zugunsten des Arbeiters einzusetzen.

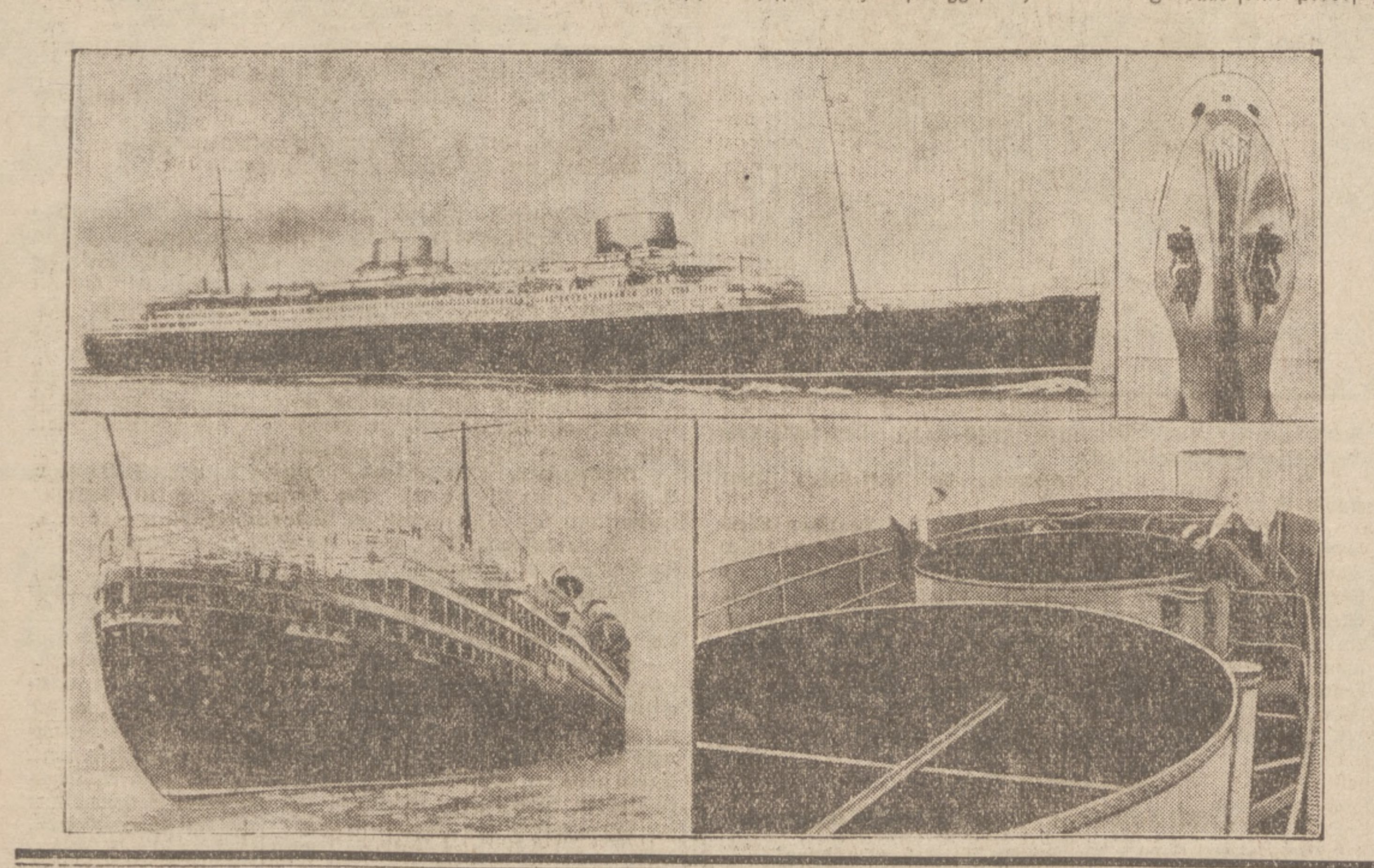
Die Lohnfrage ist ebenfalls von neuem aufzurollen und eine allgemeine Lohnerhöhung zu beanspruchen. Die bisherige Regelung der Lohngruppe ist abzuschaffen und an Stelle der 5 Gruppen mit je 5 Stufen, 2 Gruppen mit je 4 Stufen einzusetzen.

Die Akkordverträge sind einer Regelung zu unterziehen. Die bisherige Grundlage des Akkordes ist eine ungesunde und muß der Grundlohn entsprechend gehoben werden. Die prozentuale Beteiligung der einzelnen Gruppen ist zu kürzen. Der heutige Zustand des Akkordabkommens bringt Lohnunterschiede von Gruppe zu Gruppe bis zu 1,50 Zloty, was unter allen Umständen vermieden werden muß.

In diesen Fragen sind die Betriebsräte zur Verhandlung mit hinzuzuziehen, damit der unmittelbare Kontakt zwischen Arbeiterklasse und Gewerkschaft bestehen bleibt.

Riesin „Europa“ fertiggestellt

Der neue 51 000-Tonnen-Dampfer des Norddeutschen Lloyds, „Europa“, hat die Schäden des Brandes, der während der Bauzeit ausbrach und die Indienststellung des stolzen Schiffes erheblich verzögerte, völlig überwunden. Jetzt ist dies Wunderwerk deutscher Schiffsbautechnik fertiggestellt, um am 18. Februar seine Probefahrten, am 19. März seine Jungfernreise nach Neuyork anzutreten.





Der Kapitän der „Europa“

Commodore Nikolaus Johnsen, seit 70 Jahren der erste Kapitän des Norddeutschen Lloyds, der diesen Ehrentitel führen darf.

Links: Oben: Die Gesamtansicht des 285 Meter langen Schiffes — und die Buganansicht, die einen Eindruck von der schnittigen, rekordversprechenden Schiffsform vermittelt. — Unten: Das Heck der „Europa“ — und der Blick auf einen ihrer beiden Riesenschornsteine, deren jeder zwei Schlote in gemeinsamer Umkleidung vereinigt.

Bezirksgeneralversammlung des Maschinisten- und Heizerverbandes

Auf dem Wege des Aufstiegs sind Generalversammlungen der Funktionäre des Maschinisten- und Heizerverbandes Etappen, die der inneren Einkehr und Kräftigung gewidmet sind. Die Bezirksgeneralversammlung, welche am vergangenen Sonntag im Zentralhotel abgehalten wurde, war die bemerkenswerteste Etappe, welche der Verband auf dem Wege der Aufwärtsentwickelung in Polnisch-Oberschlesien zurückgelegt hat. Vollzog sich dieser Aufstieg seit der Inflationszeit langsam aber in sicheren Bahnen, so brachte das Jahr 1929 einen besonders kräftigen Ruck nach oben. Der zahlenmäßigen äußeren Stärke auch die inneren Kräfte entsprechend zu heben, war das vornehmste Ziel dieser Tagung.

Mit einer Begrüßung der Erschienenen eröffnete der Kollege Andersek vom Bezirksvorstand kurz vor 10 Uhr die Generalversammlung und erteilte nach Verlesen des Protokolls von der letzten Bezirksdelegiertenversammlung das Wort zu seinem Bericht. Das Bemerkenswerteste, welches dem Bericht entnommen werden kann, ist der Abschluß von 2 neuen Tarifverträgen ohne Assistenz irgend eines anderen Verbandes mit Firmen, die bisher tariflos arbeiteten und eines Abkommens mit einer dritten Firma, die sich auf dem Gebiet der Arbeiterunterdrückung besonders auszeichnete. Diese Verträge brachten den betroffenen Arbeitern nicht nur den Achtstundentag, Urlaub und Deputatkohle, sondern auch eine wesentliche Erhöhung der Realdienste. Außerdem besitzt der Verband noch 3 früher abgeschlossene Tarifverträge, die im Verlauf des alten Jahres sämtlich erneuert und verbessert werden konnten. Durch Sonderabmachungen mit einzelnen Werken der Großindustrie für die Maschinisten und Heizer ist die Interessenvertretung unserer Mitglieder besonders hervorgehoben. Diese Einzelabmachungen ermöglichen dem Maschinen- und Kesselpersonal zum Teil höhere Verdienste wie in der Lohntabelle vorgesehen sind.

War das Arbeitsquantum bei Wahrnehmung der Interessen unserer Mitglieder in den Betrieben relativ und absolut stark angewachsen, so war auch auf dem Gebiet des Rechtsschutzes der Verband von den Mitgliedern stark in Anspruch genommen. Interessant gestaltete sich eine Klage gegen eine industrielle Firma wegen Bezahlung der Akkordarbeiter während des Tarifurlaubs, die nach 5 Terminen zugunsten der betreffenden Arbeiter entschieden wurde. Die Nichteinhaltung der abgeschlossenen Tarifverträge durch die Unternehmer veranlaßte zahlreiche direkte Interventionen bei den Verwaltungen. Die Zusammenarbeit mit den übrigen freigewerkschaftlichen Fachgruppen gestaltet sich immer günstiger.

Die ungewöhnlich starke Wirtschaftskrise hat auch eine Anzahl unserer Mitglieder erfaßt und bedeutet für das laufende Jahr einen ungünstigen Auftakt. Doch zeitigte der Kassenabschluß für den ersten Monat Januar immerhin noch ein günstigeres Resultat wie die einzelnen Monate des letzten Quartals. Die Gesamteinnahmen für die Hauptkasse aus Beiträgen stiegen dem Vorjahr gegenüber um 31 Prozent, die der Lokalkasse um 27 Prozent. Letztere ist durch die großen Anforderungen, welche an diese gestellt werden, nahezu erschöpft. In Würdigung dieser Tatsache wurde mit den Stimmen sämtlicher Delegierten der Beschluß gefaßt, einen einmaligen Beitrag von einem Zloty zugunsten der Lokalkasse im ersten Quartal d. Js. zu erheben. Aus der Hauptkasse beziehen bereits 5 Verbandsveteranen die Altersrente und kommt demnächst noch ein sechster Kollege hinzu. Hierbei wurde beschlossen, eine Reform der Beitragsklassen durchzuführen. Die Kl. 80/20 wird eingezogen und ist fortan die niedrigste Beitragsklasse für erwachsene Vollarbeiter 90/20. Für Jugendliche wird die Beitragsklasse 70/20 neu eingeführt. Weibliche Mitglieder zahlen nach wie vor die Kl. 40/20.

Nach ausgiebiger Debatte über die Tätigkeit und Kassenführung des Bezirksleiters, dem die Anerkennung nicht versagt blieb, wurde diesem einstimmig Entlastung erteilt. Bei den vorgenommenen Wahlen wurden die 2 Vorstandsmitglieder und die Revisoren sämtlich wiedergewählt. In die Beschwerdekommission wählte man zwei neue Funktionäre hinzu. Hierauf wurde das Problem der Sozialversicherung in Polen ausgiebig besprochen und nachstehende Resolution gefaßt:

Die versammelten Delegierten und Vorstände des Maschinisten- und Heizerverbandes wenden sich entschieden gegen die geplanten Reformen der Regierung in der Sozialversicherung, soweit diese eine Verschlechterung der bestehenden Gesetze bedeuten. Sie protestieren vor allem gegen den geplanten Abbau der Selbstverwaltung und gegen die Militarisierung der sozialen Institute. Sie verlangen stattdessen einen weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung wie er in allen fortschrittlichen Kulturländern erfolgt ist und fordern insbesondere:

1. Autonomie der schlesischen Versicherungsinstitute und deren Zentralisierung innerhalb unserer Wojewodschaft.
2. Herabsetzung der Pensionsgrenze innerhalb der Invaliden- und Altersversicherung von 60 auf 50 Jahre, da in der Zeit der intensivsten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in diesem Alter schon der Kräfteverfall einsetzt.
3. Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66⅔ Prozent auf 50 Prozent der Erwerbsmöglichkeit.
4. Anerkennung der Berufskrankheiten als Unfall, vornehmlich bei Erkrankungen durch Schwefel, Blei, Säure, Oxyd, Maschinenöl usw.
5. Weiterer Ausbau des Betriebsrätegesetzes.
6. Festsetzung von Neuwahlen der Beisitzer zu den Versicherungsämtern.
7. Heraufsetzung der Verdienstgrenze bei Berechnung der Einkommensteuer entsprechend der Entwertung des Zlotykurses.
8. Reform der bisherigen Indexberechnung.

Wenn die aufgestellten Forderungen nur allzubekannt sind, so muß diesen stets neuer Nachdruck verliehen werden. Damit die kompetenten Behörden endlich ihre diesbezüglichen Versprechungen realisieren. Nach 4stündiger Dauer konnte der Kollege Andersek mit Dankesworten für die aufopfernde Mitarbeit seitens der Funktionäre, die harmonisch verlaufene Bezirksgeneralversammlung schließen.

1000 Jahre Parlament

Zur Jubelfeier des Isländischen Althings

Von Wolfgang Mejer.

In diesen Tagen erging an die Parlamentarier aller Länder die Einladung zur Teilnahme an einem geschichtlich und politisch gleich merkwürdigen Jubiläum: Zur Tausendjahrfeier des isländischen „Althings“, des ältesten bestehenden Parlaments der Erde. Die Festlichkeiten werden vom 26. bis 28. Juli 1930 im Thing-Tale (Tingvellir), der Versammlungsstätte der isländischen Volksvertretung in alter Zeit, abgehalten werden und ihren Höhepunkt in einer getreuen Darstellung der ersten Althingtagung des Jahres 930 n. Chr. finden. Nach den Hauptfestlichkeiten sollen kleinere Veranstaltungen, Ausstellungen, Sportwettkämpfe in der Landeshauptstadt Reykjavik das Jubiläum beschließen.

Das Thing-Tal liegt etwa 50 Kilometer nordöstlich von Reykjavik am Ufer des bedeutendsten Binnensees von Island, der nach der Thingstätte den Namen Thingvallavatn trägt. Thingvellir ist eine Lavaebene von einer Stunde Breite zwischen zwei gewaltigen Schluchten, umschlossen von mächtigen Lavawänden und erloschenen Vulkanen. Islands vulkanische Natur hat hier eine Szenerie von wilder Schönheit geschaffen. An dieser Stelle trat vom Jahre 930 bis zum Jahre 1797 alljährlich der isländische Reichstag zusammen.

Erst ums Jahr 800 n. Chr., also zur Zeit Karls des Großen, entdeckten irische Mönche das mehr als tausend Kilometer nordwestlich von Norwegen einsam im Weltmeer gelegene Island, ein gebirgsreiches Inselland etwa von der Größe Süddeutschlands. Bald zogen sich die Irenmönche vor heidnischen Wikingern zurück. Von einer wirklichen Besiedlung Islands kann man aber erst reden, als in Norwegen der König Harald Schönhaar eine Militärmonarchie errichtete und von dort politische Flüchtlinge in größerer Anzahl nach dem sicheren Eilande auswanderten. Diese Besiedlung Islands war um das Jahr 930 abgeschlossen. Ein politischer Kopf unter den Ansiedlern, Ulfljoir, überzeugte die anderen Kolonisten von der Notwendigkeit einer gesetzgebenden Körperschaft für ganz Island. Als solche wurde das Althing — das für alle geltende Thing (Volksvertretung), im Gegensatz zu den bereits bestehenden örtlichen Things — einberufen. Alle Gemeindehäuptlinge, in Altisland „Goden“ genannt, und alle einigermaßen ansehnlichen Bauern — Städter gab es noch nicht — waren zum Besuche des Althings verpflichtet. Die Tagung begann alljährlich in der elften Sommerwoche, d. h. nicht vor dem 18. und nicht nach dem 24. Juni, und dauerte zwei Wochen. Jeder Althingbesucher hatte eine Zahlung (Thingfarakaup), also eine „Diät“, zu beanspruchen. Andererseits konnte sich ein Thingpflichtiger durch Entrichtung dieser Summe für ein Jahr von der Teilnahme befreien. Diese Maßnahme trug unzweifelhaft zur Sicherung eines genügenden Besuches bei. Dem Althing lag nicht nur, wie unseren Parlamenten in demokratischen Ländern, die gesetzgeberische Arbeit und die Wahl der obersten Behörde ob, sondern auch die Rechtsprechung. Für dieses Richteramt setzte die Volksvertretung fünf Gerichte ein. Für die Gesetzgebung dagegen wählte das Althing einen engeren Ausschuß, die „Lögretta“. Diese stellte die höchste Behörde des Altisländischen Freistaates dar und und hatte auch bald neben der gesetzgebenden Befugnis weitgehende vollziehende Gewalt. Sie umfaßte 144 Mitglieder, davon 51 Stimmberechtigte. Den Vorsitz führte der „Gesetzessprecher“, den ebenfalls das Althing wählte.

Die Befugnisse dieses „Präsidenten“, wie wir den Gesetzessprecher wohl nennen könnten, waren indessen in echt demokratischer Folgerichtigkeit stark beschränkt. Er hatte den Vorsitz im Althing, war verpflichtet, während seiner dreijährigen Amtszeit das gesamte geltende Landrecht auf den Althingversammlungen aus dem Gedächtnis vorzutragen — eine vorzügliche Gewähr für seine Rechtskenntnis — und durfte auch Rechtsgutachten an jedermann abgeben. Von der vollziehenden Gewalt aber, vom Einflusse auf die Gerichtsverhandlungen war er völlig ausgeschlossen! Den alten Isländern erschien der Gedanke, einem einzelnen weitgehende Machtbefugnisse zu übertragen, unvereinbar mit dem Wesen eines freien Staates, einer staatsbürgerlichen Freiheit. Bemerkenswert erscheint auch die Bestimmung, daß in der „Lögretta“ bei Erlaß neuer Gesetze, bei Bewilligung von Gnaden und Erteilung von Privilegien Einstimmigkeit erforderlich war. Bei Geldstrafe war jedes stimmberechtigte Mitglied verpflichtet, seine Stimme für oder gegen den Antrag abzugebn. Die Leistungen der altisländischen, republikanischen Gesetzgebung müssen uns heute noch in Erstaunen setzen. So bildete schon vor tausend Jahren jede Gemeinde eine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit gegen Feuerschaden und Viehverlust. Und um dieselbe Zeit kennt Island bereits eine Armenfürsorge.

Obwohl nun Verfassung und Gesetzgebung des isländischen Freistaates von erstaunlich folgerichtigen demokratischen und in mancher Hinsicht auch sozialem Geiste erfüllt waren, obwohl sie die Vereinigung politischer Machtmittel in einer Hand peinlich vermieden, verhinderten sie doch nicht das Aufkommen wirtschaftlichen Uebergewichts einzelner Familien. Daß diese Geschlechter dann auch auf die politischen Geschicke des Insellandes entscheidenden Einfluß ausüben konnten, war eine notwendige Folge der Entwicklung. Im 13. Jahrhundert sehen wir dann den heftigen Kampf solcher mächtig gewordenen Familien um die Vorherrschaft. Diese Streitigkeiten geben dem Norweger-König Gelegenheit, sich erst als Schiedsrichter in die inneren Verhältnisse des Freistaates einzumischen. Schließlich gelang es dem Könige Norwegens, unterstützt durch Verrat einzelner Patriziergeschlechter — denen mehr an ihrem Vorteile als am „vaterländischen Gedanken“ lag — Island unter seine Oberhoheit zu bringen. Das war das Ende der isländischen Republik im Jahre 1264.

An den inneren Einrichtungen Islands änderte sich zunächst wenig. Das Althing bestand weiter. Es erfuhr jedoch bald eine grundlegende Wandlung: An Stelle der Volksvertreter traten von den königlichen Landräten berufene Parlamentarier, und die Lögretta, die oberste Behörde, setzte sich nun ebenfalls aus ernannten Mitgliedern zusammen. Der Einfluß des Althings ging immer mehr zurück, namentlich, nachdem der norwegische Thron und damit die Herrschaft über Island im Jahre 1380 an die Krone von Dänemark gekommen waren. Immerhin hielt das Althing bis zum Ende des 18. Jahrhunderts regelmäßig seine Sitzungen ab und übte immer noch eine gewisse gesetzgebende und richterliche

Gewalt aus. Infolgedessen kam die Staatsform des absoluten Königtums, die im 17. Jahrhundert auch für Island als geltend erklärt wurde, hier nicht zur eigentlichen Durchführung. Die Monarchie war für Island in erster Linie wirtschaftlich verhängnisvoll durch das Handelsmonopol.

Die dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die Zeit des Erwachens der Freiheitsideen in Europa, sehen auch in Island lebhafte Verfassungskämpfe. Nicht mit Säbel und Gewehr, sondern mit geistigen Waffen werden sie hier ausgefochten. Der Erfolg ist darum nicht geringer. Im Jahre 1843 wird das Althing nach fast fünfzigjähriger Pause wieder einberufen, und zwar wieder als gewählte Volksvertretung — wenn auch nur als beratende Versammlung. Natürlich konnte man dieses moderne Parlament nicht mehr im Freien auf der alten Thingstätte tagen lassen. Sein Sitz wurde aus praktischen Gründen die Landeshauptstadt Reykjavik. Im Jahre 1784 endlich erhielt das Althing wieder seine alte Stellung als beschließende Volksvertretung — Island wurde parlamentarisch regierter, souveräner Staat in Personalunion mit Dänemark. Gewisse noch bestehende Bindungen an Dänemark fielen im Jahre 1918 durch die Bundesakte zwischen Dänemark und Island, in dem Island auch von Dänemark als selbständiger Staat anerkannt wurde. Nach diesem Staatsvertrage ist der König von Dänemark zugleich König von Island. Er bezieht das für einen König immerhin sehr bescheidene Gehalt von 60 000 Kronen im Jahre. Die eigentliche Regierungsgewalt liegt beim Parlament — beim „Althing“. Das Kabinett besteht aus drei Ministern: dem Ministerpräsidenten, der gleichzeitig Justiz und Kultus betreut, dem Minister für Industrie und dem Handelsminister. Einen Kriegsminister gibt es nicht, denn Island hat kein Heer. Schon zur Zeit der Norwegerkönige und der dänischen Herrschaft setzten die Isländer einen besonderen Stolz in ihr Vorrecht, daß sie nicht zum Kriegsdienste verpflichtet waren. Im Jahre 1943 läuft der Staatsvertrag ab. Ob Island dann seine gegenwärtige Verfassung mit dem Könige — der also sozusagen auf Zeit angestellt ist — beibehalten oder sich zur Republik erklären wird, steht natürlich noch nicht fest.

Eisberge im Atlantic

London. Die Atlantic-Schiffahrt wird gegenwärtig durch auftauchende Eisberge in verschiedenen Gebieten des atlantischen Ozeans erheblich gehemmt. Die amerikanische Küstenschutzwache hat den Kreuzer „Tampa“ in die Nachbarschaft der großen Bänke entsandt, um von dort aus die Entwicklung der Eisberge zu beobachten und die Schiffahrt drahtlos über etwaige Gefahren zu verständigen. Während sonst um diese Jahreszeit noch keine Eisberge zu verzeichnen sind, wird gegenwärtig überall von Gefahren für die Schiffahrt berichtet.



Kattowitz — Welle 408,7

Donnerstag. 12,10: Schallplattenkonzert. 12,40: Konzert Vorträge. 20,10: Abendkonzert, 20,30: Schallplattenkonzert. 21,30: Literarische Stunde. 22,15: Berichte. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Donnerstag. 12,40: Schulfunk. 14: Handelsbericht. 16,15: Schallplattenkonzert. 17.45: Solistenkonzert. 18.45: Verschiedenes. 20,30: Unterhaltungskonzert. 22,15: Berichte. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 253. Breslau Welle 325.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13,06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15,35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19,20: Wetterbericht. 22,00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten,



„Um Gottes Willen, Fritz —!“
„Ich wollte dir nur danken, liebe Tante, für das schöne Motorrad, das du mir zu Weihnachten geschenkt hast.“
(London Opinion.)

Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24,00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Donnerstag, 20. Februar: 9,30: Von der Deutschen Welle, Berlin: Schulfunk. 15,40: Stunde mit technischen Büchern. 16,05: Pädagogik. 16,30: Aus Berlin: Orchesterkonzert. 18: Aus Gleiwitz: Oberschlesische Dichterstunde. 18,25: Filmwesen. 18,50: Stunde der Arbeit. 19,15: Abendmusik. 20,05: Wiederholung der Wettervorhersage. 20,05: Hans Bredow-Schule: Kulturgeschichte. 20,30: Das Märchen vom Charlie Chaplin. 21,35: Heitere Abendmusik. 22,15: Die Abendberichte. 22,35—24: Aus Gleiwitz: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

An die Mitglieder des Bundes für Arbeiterbildung!

Der Deutsche Kulturbund für Polnisch-Oberschlesien veranstaltet vom 24. Februar bis 2. März d. Js. im Saale des Büchereigebäudes Kattowitz, ul. Marjacka 17, einen Volkstanzlehrgang. Die Leitung liegt in den Händen des Herrn Dr. Oswald Fladerer aus Brünn. Der Kursus selbst findet in der Zeit von ½8—½10 Uhr statt, im Falle ein größerer Zustrom an Meldungen vorhanden ist, werden auch nachmittags von ½4 bis ½6 Uhr die Uebungsstunden eingelegt. Die Anmeldungen müssen spätestens bis 22. Februar schriftlich oder mündlich im Deutschen Kulturbund, Kattowitz, Marjacka 17, eingereicht werden. Bei der Anmeldung muß die Teilnehmergebühr in Höhe von 6 Zloty beglichen werden.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, der einzelnen Kulturvereine, dem so wichtigen Volkstanz nicht abseits zu stehen, sondern nach Möglichkeit an diesem Kursus teilnehmen.

Siemianowitz. Am Freitag, den 21. Februar, abends 7½ Uhr, findet im Lokal Kozdon ein Vortrag des Mittelschullehrers Boese über „Die Vitamine“ statt.

Bismarckhütte. Am Mittwoch, den 19. Februar, abends um 6½ Uhr, findet im Betriebsrat-Büro ein Vortrag des Kollegen Buchwald statt. Um zahlreiches Erscheinen aller freien Gewerkschaftler, Partei und Kulturvereine wird ersucht.

Königshütte. „Christentum und Sozialismus“. Ueber dieses Thema spricht am Mittwoch, den 19. Februar, Genosse Okonski. Beginn des Vortrages pünktlich um 7½ Uhr abends. Wir bitten das Mitgliedsbuch des Bundes oder der Gewerkschaft als Ausweis mitzubringen. Vor dem Vortrag, um 5½ Uhr, Vorstandssitzung.

Versammlungskalender

Arbeiter-Sängerbund in Polen.

Am Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, im Zentralhotel, Kattowitz, Bundesvorstandssitzung. Um 11 Uhr Dirigentenbesprechung. Wir bitten Rundschreiben zu beachten und die ausständigen Fragebogen unbedingt abzugeben.

Wochenplan der D. S. J. P. Kattowitz.

Mittwoch: Gesangstunde der Freien Sänger in der Aula der Töchterschule.

Donnerstag: Diskussionsabend.

Sonntag: Heimabend.

Programm der D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 19. Februar: Vortrag B. f. Arbeiterbildung.

Donnerstag, den 20. Februar: Liederzirkel.

Freitag, den 21. Februar: Schachwettkampf. Gesang und Volkstanz.

Sonnabend, den 22. Februar: Falkenzusammenkunft.

Sonntag, den 23. Februar: Heimabend.

Groß-Kattowitz. (D. S. A. P. und „Arbeiterwohlfahrt“.) Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im Saale des Zentral-Hotels (Bahnhofstraße 11) die fällige Mitglieder-Versammlung statt, zu welcher wir hiermit freundlichst einladen. Als Referent erscheint Genosse Dr. Glücksmann aus Bielitz, der einen Vortrag hält über das Thema: „Das Mieterschutzgesetz und das Wohnungsrpoblem“.

Bismarckhütte-Schwientochlowitz. Am Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr, findet im D. M. V.-Büro die fällige Ortsausschuß-Sitzung statt, zu welcher die neugewählten, wie auch die alten Delegierten eingeladen werden.

Königshütte. (Vorstandssitzung der D. S. A. P. u. Arbeiterwohlfahrt.) Am Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 6½ Uhr, findet im Metallarbeiterbüro eine wichtige Vorstandssitzung statt, wozu das Erscheinen sämtlicher Vorstandsmitglieder notwendig ist.

Königshütte. Die D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt veranstalten am Freitag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, im Büfettzimmer eine Mitgliederversammlung. Referent Gen. Kowoll.

Königshütte. (Kombinierte Vertrauensmännerversammlung.) Am Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 17 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses, an der ul. 3-go Maja 6, eine kombinierte Vertrauensmännerversammlung der zur Arbeitsgemeinschaft gehörigen Gewerkschaften statt. Unter anderem erfolgt die Berichterstattung der nach Warschau entsandten Delegation, betreffend die geplante Verschmelzung der Pensionskasse der „Spolka Bracka“ mit der Landesversicherung. Zu dieser Versammlung haben nur die Vertrauensmänner der einzelnen Organisationen der Betriebe der Königshütte und der Werkstättenverwaltung Zutritt.

Königshütte. (Freidenker.) Am Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im Volkshause die Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung wichtige Punkte. Referent zur Stelle.

Königshütte. (Touristenverein „Die Naturfreunde“.) Aus verschiedenen Gründen findet die Vorstandssitzung bereits am Freitag, den 21. d. Mts., pünktlich um 7 Uhr, statt.

Königshütte. (Freie Turner.) Zu der am Sonntag, den 23. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus (Vereinszimmer) stattfindenden Generalversammlung werden alle Mitglieder ergebenst eingeladen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Königshütte. (Achtung, Kinderfreunde!) Heute, abends 6 Uhr, Lichtbildervortrag „Kinderfreunde auf Fahrt“, im Büfettzimmer.

Siemianowitz. (Freie Gewerkschaften.) Am Freitag, den 21. Februar, nachmittags um 5 Uhr, Kartellsitzung der freien Gewerkschaften bei Herrn Kozdon. Die alten Delegierten haben vollzählig zu erscheinen. Wichtige Tagesordnung!

Nikolai. Die Wählerversammlung der D. S. A. P., der Arbeiterwohlfahrt und der freien Gewerkschaften findet am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 2½ Uhr, bei Kurpas (Lokal „Freundschaft“) statt. Referent Gen. Kowoll: über unsere Aufgaben in den Kommunen.

Orzesche. (D. S. A. P.) Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung bei Grzegorczyk. Ref. Gen. Matzke.

Ruda. Die D. S. A. P. und „Arbeiterwohlfahrt“ veranstalten am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 5 Uhr, bei Pufall ihre Mitgliederversammlung. Referent Gen. Wiesner.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johann Kowoll, wohnhaft in Katowice, ul. Plebiscytowa 24; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice, Verlag und Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

